

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stänisch, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Hercules-Anzeigen
für die dreizehntelne Peltzelle oder deren Raum 30 4.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. **IA IA IA** Haltet Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Vorzeitiger Triumph. — Die „Gelben“, die „Schwarzen“ und wir. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Währungsänderungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandes vorstehendes. — Berichte. — Zentralkrankenkasse. Protokoll der ordentlichen Generalversammlung der Stierbefasse. „Grundstein zur Einigkeit“. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Entschädigungen usw. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Vorzeitiger Triumph.

(Zur Lage in Berlin.)

Der Verband der Baugeschäfte von Berlin schwimmt in eitel Wonne; er hat den Sieg so gut wie in der Tasche — so muß jeder „Unbefangene“ glauben, der die Berichte des Unternehmerverbandes liest. „Unsere Position ist ausgezeichnet. Die Ausperrung ist vorzüglich durchgeführt und bis heute auch ebenso von den Mitgliedern des Verbandes aufrecht erhalten worden. Eine große Anzahl außenstehender Kollegen hat sich der Ausperrung angeschlossen, teils freiwillig, teils infolge unserer fortgesetzten Einwirkung, die auch in Zukunft nicht nachlassen soll.“ So leitete Herr Bahl, der Vorsitzende des Verbandes, seinen Bericht über den Stand der Bewegung ein, den er einer „außerordentlichen Generalversammlung“ der Unternehmer am 4. Juni erstattete.

Die Zahl der Ausgesperrten ist nach Herrn Bahl nunmehr auf 35 000 angewachsen, alle Zahlen der Arbeiterpresse sind offensichtlich unrichtig. — Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die Unternehmer auf Grund ihrer Lohnlisten zc. viel leichter in der Lage sind, feststellen zu können, wieviel Arbeiter sie vor der Ausperrung beschäftigten bezw. noch beschäftigen; trotzdem wagen wir nach wie vor zu behaupten, daß die von Bahl genannte Zahl unrichtig, weit übertrieben ist. In den von der Ausperrung betroffenen Betrieben sind nämlich auch nicht annähernd so viel Arbeiter (es handelt sich nur um Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter) beschäftigt gewesen, ja, es ist überhaupt fraglich, ob im gesamten Baugewerbe Groß-Berlins so viel Arbeiter der genannten Kategorien beschäftigt waren. Dazu kommt aber doch — wovon sich die Herren vom Unternehmerverband jeden Tag mit eigenen Augen überzeugen können — daß mehrere tausend der fraglichen Arbeiter entweder zu den geforderten Bedingungen arbeiten oder sonstwie nicht von der Ausperrung betroffen worden sind. Zur Erhärtung unserer Behauptung wollen wir hier gleich den letzten Wochenbericht (vom 8. Juni), den unsere Verbandsmitglie der erstattet haben, bekannt machen. Insgesamt sind in die Ausperrungs- und Streiklisten eingetragen 10 147. Davon sind ordnungsmäßig abgereicht 1402, anderweitig untergebracht 302, „arbeitswillig“ geworden 86, zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten 2254 und im Streik stehen 4963. Die Fehlenden, etwa 1000, haben sich „verkrümelt“; die große Mehrzahl davon hat den Kampfplatz verlassen, ohne sich bei der Streikleitung abzumelden. Zu den zur Zeit direkt im Streik stehenden 4963 Maurern kommen noch 573 streikende Gipser und zirka 650 in Mitteleinschließung gezogene Arbeiter der Gipser- und Zementbranche. Die genauen Zahlen der übrigen beteiligten Organisationen kennen wir zur Zeit noch nicht; wir dürfen aber mit einiger Sicherheit schlussfolgern, daß

die Gesamtzahl der Streikenden aller drei Berufe weit unter 20 000 bleibt.

Für die „ausgezeichnete Position“ der Unternehmer hat der Vorstand des Verbandes der Baugeschäfte aber noch andere schwerwiegende Bürgschaften. Die Herren Bahl und Geuer, die beiden obersten Führer — oder sind sie auch „Geführte“? — des Verbandes, haben herausgefunden, daß die sonst so gewiegten Führer der Arbeiter die Fingel völlig aus der Hand verloren hatten. Am nun wieder Herren der Situation zu werden, haben sie den vorzeitigen Streik propagiert oder doch gutgeheißen. Jedenfalls konnten (immer nach Herrn Bahl) die Arbeiter nichts Trückeres beschließen als diesen Streik, womit sie dem Unternehmerverband, die zwar ersehnte aber nicht erwartete Unterstützung“ gödhrten. Herr Bahl hat zwar noch andere Erklärungen für das „taktische Ungeglück“ der Arbeiter, die will er aber lieber für sich behalten. Wahrscheinlich sind diese unerklärten Erklärungen so hahnebüchener Art, daß er besichtigen muß, bei ihrem Bekanntwerden dem Gespöht der Kinder zu verfallen. Schließlich hat Bahl aber doch vergessen, daß Wichtigkeit und Lächerlichkeit eng beieinander wohnen. Nachdem er nochmals „festgestellt“, daß bei diesem Kampfe im Vergleich zu 1899 auf Seiten der Arbeiter die „Stetigkeit“ und Mühe in der Taktik fehle, an deren Stelle sich eine gewisse nervöse Unbeständigkeit geltend mache“, sagte er: „Es muß da etwas nicht stimmen und beängstigend wirken.“ Diese Annahme findet ihre Bestätigung in Tatsachen und Gerüchten, die seit einigen Tagen kursieren. Von mehreren Arbeitern ist uns gemeldet worden, daß sie die Streikunterstützung nicht bekommen haben und auf eine Woche vertrieben seien. Ferner ist uns ein Gerücht zu Ohren gekommen, daß sich die Maurerorganisationen an eine hiesige große Brauerei um ein Darlehen von zwei Millionen Mark gewandt haben unter einer eigentümlichen Begründung, die uns so ungläublich erscheint, daß wir sie nicht für möglich halten.“ — Wir wollen zu diesem, dem Herrn Bahl wahrscheinlich höchst wichtig erscheinenden Gerücht nur sagen, daß wir seine Weiterverbreitung durch Bahl auch nicht für möglich gehalten haben.

Der vorzügliche Stand des Kampfes und die ausgezeichnete Position des Verbandes, die Taktikänderung des Gegners und deren für ihn ungünstige Folgen“ haben nun den Vorstand des Unternehmerverbandes erweichen lassen, ob nicht auch der Verband „seine Taktik erweitern solle“. Hierüber referierte Herr Geuer, der zwar auch den Arbeitern den Verlust des Kampfes prophezeigte, ihre Taktik aber nicht für so trostlos dümm hält als Bahl. Die „beängstigende Unsicherheit“ der Arbeiter kann nach Geuer doch möglicherweise dazu führen, daß die Stellung der Verbandsunternehmer unsicher wird: „Wenn jemand, sei es ein Kollege oder ein Bauherr, sieht, daß andere Unternehmer ihre Arbeiten fördern, daß auf anderen Bauten täglich gearbeitet wird; während sein Bau den trostlosen Anblick der Arbeitslosigkeit bietet, so wird in ihm (dem Unternehmer, der nicht bewilligt hat) der Neid erweckt, und bei den schwachen menschlichen Eigenschaften stellt zu befürchten, daß das Gefühl des Neides das der Kollegialität und der Solidarität mit der Zeit überwinden wird.“ — Geuer denkt zwar noch nicht daran, daß sein wankend werdender Kollege die von den Streikenden geforderten Arbeitsbedingungen unterschreiben könnte — so was tut überhaupt kein „denkender Mensch und einsichtsvoller Kollege“, — aber er möchte doch wohl gern seinen Bau mit „Arbeits-

willigen“, namentlich mit Affordmaurern, besetzen, deren es eine große Menge in Berlin geben soll. Beläufig wollen wir Herrn Geuer und seinen Freunden sagen, daß er mit dieser „Menge“ nicht viel Staat wird machen können. Von den etwa 1000 sollen schon jetzt an 600 als „Arbeitswillige“ arbeiten, so daß die übrigen den Kohl des Unternehmerverbandes nicht mehr fett machen können. Weiter können wir Herrn Geuer verraten, daß zu den vielen Hunderten von Unternehmern, die die neuen Bedingungen unterschriftlich anerkannt haben, auch ein Duzend seiner Verbandskollegen gehört; wir glauben, daß diese Herren am Ende des Kampfes sagen können, daß sie viel einsichtiger waren als Geuer und Genossen.

Um nun die von Bahl verbesserte und von Geuer halb und halb als richtig anerkannte Taktik der Arbeiter zu durchkreuzen, wurden zwei Möglichkeiten in Erwägung gezogen:

die eine: die Ausperrung strikte aufrecht zu erhalten, um dadurch die Streiklisten der Arbeiter zu leeren, und zu warten, bis von der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit Abstand genommen wird;

die andere: durch einen erneuten Angriff auf anderer Grundlage eine Veränderung des Kampfes herbeizuführen, d. h. durch „Arbeitswillige“ die Bauten zu besetzen.

Diesen letzteren Weg hat der Vorstand des Verbandes (oder der Gesamtschuß des Arbeitgeberbundes) der Generalversammlung empfohlen, und die Versammlung hat diesen Vorschlag einstimmig zum Beschluß erhoben. Nach Ueberwindung einiger Phrasen von dem scharfen Sieb, den sie den Streikenden mit dem Angriff versehen wollen, schrieben sich die Herren „Arbeitgeber“ doch bemußt geworden zu sein, daß es nicht immer zu gutem Ende führt, wenn man das Fell des Bären teilt, ehe man ihn erlegt hat. Ganz konnten sie die alte Prachtlucht zwar nicht unterdrücken (Scharen von „Arbeitswilligen“ sollen sich schon gemeldet haben), aber sie wußten ihrer Begierde Fingel anzulegen und wollen erst später beschließen, wann mit der Einstellung der ach so teuren „Kaufpreiser“ begonnen werden soll. Um zu verhindern, daß einzelne Unternehmer auf eigene Hand auf den Fang von „Arbeitswilligen“ ausgehen und damit den Neid der anderen noch mehr erwecken, wurde der Vorstand beauftragt, die Jagd zu organisieren und die etwaise Beute zu verteilen. Die Einstellung der „Arbeitswilligen“ darf nur mit Genehmigung und unter strengster Kontrolle des Verbandes geschehen, und zwar zu den alten Bedingungen, 75 & Stundenlohn.

Herr Geuer mag so etwas von Ahnung haben, daß diese „Erweiterung der Taktik“ dem Unternehmerverband nicht viel weiter helfen wird, er weiß, daß die „Scharen von Arbeitswilligen“ vorläufig eine fata Morgana sind — hoffentlich bleiben sie das —; er mag aber doch seinen Kollegen nicht alle Hoffnung rauben, und darum macht er es wie der schlaue Fuchs, dem die Trauben so sauer sind und resolviert sich wie folgt: „Um über den Zeitpunkt zu reden, wann die Einstellung der Arbeitswilligen erfolgen soll, so ist hierbei zu berücksichtigen, daß dieser Termin nicht für die allernächste Zeit festgesetzt werden kann. Erstens haben wir es nicht so sehr eilig, und zweitens nehmen die Vorkehrungen auch einige Zeit in Anspruch.“

Den Ausführungen Geuers stimmte die Generalversammlung zu, mit der Einschätzung, daß die

nächste, am 13. Juni in Aussicht genommene General-
versammlung den Termin festsetzen soll, vor dem
„Arbeitswillige“ nicht eingestellt werden dürfen.

Nu wahr di Murer,
De Garb' künnt. —

Es wäre zu viel verlangt, wollten wir fordern,
daß die Unternehmer ihre innerste Überzeugung, ihre
Zweifel und Sorgen öffentlich bekundeten sollten; es
ist ganz natürlich, daß sie versuchen, sich gegenseitig
Mut einzureden und den Gegner zu täuschen. Wir
haben aber nicht die geringste Veranlassung, ihnen das
zu glauben. Wir wissen, daß unsere Taktik die Unter-
nehmer in eine „beängstigende“ Nervosität versetzt hat;
wir wissen, daß unsere Taktik uns Zug um Zug vorwärts
gebracht hat. Zu Beginn versuchten die Unternehmer, uns
zum Angriff zu zwingen, das gelang ihnen nicht, zum
großen Bedauern des Herrn Heuer. Als wir die uns
zugeachtete langsame Kuschung mit dem Streik be-
antworteten, waren die Unternehmer verblüht, und nervös
wurden sie, als wir unseren Sieb durch den Streik der
Bauer verhärteten. Eine neue Uebertragung werden
unsere Gegner erleben, wenn sie sehen, daß wir schon
langst Vorkehrungen getroffen haben, damit auch ihre
neuesten Beschlässe ein Schlag ins Wasser bleiben.
Unsere Mittel sind noch lange nicht erschöpft, wir
haben noch so viele taktische Züge in petto, daß es den
Herrn Wahl und Genossen noch Himmelangst werden
wird um unsere „beängstigende Taktik“. Wir haben Zeit!

Die „Gelben“, die „Schwarzen“ und wir.

In Nr. 22 brachten wir einen Artikel über die „gelben
Gewerkschaften“, in dem wir uns u. a. auch mit der
oppositionellen Stellung beschäftigten, welche die Zentrums-
presse jener Gröndungen gegenüber eingenommen hat. Wir
hatten u. a. geschrieben:

„Die Zentrumspreise, die Organe der „christlich-nationalen“
Vereinsleitungen überhaupt, haben eigentlich kein moralisches
Recht, sich über die auch gegen diese Vereine gerichtete Grün-
dung „gelber“ Gewerkschaften zu befassen. Sie und diese Vere-
ine selbst — wie gütenteils auch die Kirch-Durchdringer —
haben zuerst das böse Beispiel der Zerpflückerung der Gewerkschafts-
organisation und -bewegung gegeben und den Wahnsinn
„ordnungs- und sozialdemokratischer“ Geistes gegenüber den nach ihrer
Wahrnehmung „sozialdemokratisch verfaulenden“ freien Gewerkschaften
kultiviert.“

Weshalb sprach sich der „Vorwärts“ in seiner einige
Tage später erschienenen Nr. 123 aus. Das leitende
Zentrumsorgan, die „Germania“ bringt es nun fertig, in
einer Abwehr dieser Kritik der Stellungnahme der Zentrums-
presse zu schreiben:

„Gegen der engen Massenbrüderchaft zwischen Partei und
„freien“ Gewerkschaften sekundiert dem „Vorwärts“
eifrig der „Grundstein“ (Nr. 22) vom sozialdemokratischen
Maurerverband.“

Also wir schreiben in einer Nummer unseres Blattes,
die am Mittwoch, den 29. Mai zur Verlesung
gelangte, unser Urteil über jene Stellungnahme; der „Vor-
wärts“ bringt seine Kritik in seiner einen Tag später,
am 30. Mai, erschienenen Nummer — und da haben wir
nach der Behauptung der „Germania“, dem Vorwärts
sekundiert! — Soll somit die Ansicht ertönt werden,
daß wir uns in getreuer Massenbrüderchaft der Meinung
des „Vorwärts“ anpassen, daß wir aus partei-
politischen Rücksichten geradezu darauf angewiesen
sind, abzuwarten, bis, der „Vorwärts“ mit seinem Urteil dem
unserigen die Diktate gibt. Die Wahrheit ist, daß wir
durchaus selbständig zu unserem Urteil gelangt sind, wie
anderwärts der „Vorwärts“ ebenso selbständig zu dem seinen.
Die Uebereinstimmung seines Urteils, daß die „gelben“ Arbeit-
erspflückerer heute nur die Bege der „Schwarzen“ wandeln, mit
unserem Urteil, entspricht eben den Tatsachen, die jedem in
der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Eingeweihten be-
kannt sind.

Die „Germania“ macht schließlich ihrem Kerger in folgenden
Auslassungen Luft:

„Statt den christlichen Gewerkschaften speziell
bankbar zu sein, daß sie sich mit allen Kräften gegen
eine weitere unnütze Zerpflückerung der deutschen
Arbeiterbewegung wenden, bringt auch hier der eingetragene
Hetz gegen sie es fertig, die Dinge auf den Kopf zu stellen.
Denn, daß die enge Verbindung zwischen „freien“ Gewerkschaften
und Sozialdemokratie die Gründung selbständiger
neutraler Organisationen für solche Arbeiter, die
keine Lust verspüren, mit ihren Gewerkschafts-
gruppen die Sozialdemokratie zu fördern,
notwendig macht, ist doch nachgerade so sehr zu einer historischen
Tatsache geworden, daß auch die reichste Wiederholung
gegenteiliger Behauptungen sie nicht aus der Welt schaffen kann.
So bringen es auch in Zeiten, wo es des Zusammen-
haltens aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bedarf, um
Attentate auf die Arbeiterbewegung fern-
zuhalten, hinter sich und sozialdemokratischer Partei-

fanatismus fertig, gegen die christlichen Gewerkschaftsorgani-
sationen zu gehen. Nach Förderung der gemeinsamen Arbeiter-
interessen sieht ein solches Beginnen wahrhaftig nicht aus und
verrat nur zu sehr den Kerger, den die „Genossen“ über jede
Abweisung jeder unnütigen Arbeiterspflückerung empfinden, die
nicht von ihrer Seite kommt und ihnen den Nimbus der
„einzigen“ patentierten Arbeitervertreter räumen könnte.“

Ist eine unehelichere und frivoler Kritik denk-
bar? Wir haben es an einer Begründung unseres Urteils
wahrlich nicht fehlen lassen. Daß die Zentrumsorgane ge-
werkschaftliche Sonderorganisationen „kon-
fessionellen oder „christlichen“ Charakters
gegründet, geleitet, bevorzugen haben zu dem aus-
gesprochenen Zweck, die freien Organisationen zu ver-
hindern, es zu einer einheitlichen gewerkschaftlichen
Organisation und Bewegung nicht kommen zu lassen; daß
„christlich“ organisierte Arbeiter nicht selten den freien Organi-
sationen gegenüber die Rolle der „Gelben“ gespielt
haben; daß die Zentrumspreise und ihrem Beispiele
folgend, „christliche“ Organisationen mit patriotischen
Schwundelpredigten gegen die freien Zentral-
verbände gehetzt haben, genau so, wie das
jetzt die Gründer und Agitatoren der „gelben
Gewerkschaften“ und der Reichslagenverband
tun — das sind Tatsachen, denen nur jemand widersprechen
kann, der sie nicht kennt, oder der ein Interesse daran hat,
sie zu vertuschen. Die „Germania“ beweist, daß sie auch jetzt
noch von dem alten Geist hegegriffener Frivolität
gegen die freien Gewerkschaften erfüllt ist, indem sie, gegen
ihren engen Massenbrüderchaft mit dem
Reichslagenverbande, die alte, erbärmliche Lüge
wiederholt, daß die „Gewerkschaftsgruppen“ für
die Zwecke der sozialdemokratischen Partei
verwandt werden. Und solch ein Zentrumsblatt fordert von
den freien Gewerkschaften, daß sie den „christlichen“
für ihre Bestrebungen, die deutsche Arbeiterbewegung vor-
wärtiger sind! Ist denn da die Scham oder
die Verunst zum Teufel gegangen? Die Grün-
dung und die Tätigkeit der „christlichen“ Organisationen
unter der Vorherrschaft der Zentrumsherren war nichts
anderes, als ein Attentat auf die Arbeiterbewegung.
Parteisanktionismus, parteipolitische Spekula-
tion haben sie ins Leben gerufen und gepflegt, allerdings
ohne den erhofften Erfolg. Die Presse des Zentrums hat
„redlich“ das ihrige zur Zerpflückerung der Arbeiterbewegung bei-
getragen. Und jetzt, da die „christlichen“ Organisationen selber
durch den Unfug der „gelben“, bedroht werden — jetzt nimmt
sie für sich und die „christlichen“ Organisationen den Beruf und
den Nimbus in Anspruch, jede „unnütze“ (wohlgemeint
unnütze) Arbeiterspflückerung abzuweisen. Unnützig sind
nach der Ermüdung der „Germania“ die „gelben“ Gewerkschaften
— aber nützig sind die „christlichen“, um als
Söhne der Zentrumspartei die Einheit der
Arbeiterorganisation und -bewegung nicht
zu lände kommen zu lassen.

Katholische Arbeiter! Wie gefällt Euch
diese Zweckmäßigkeitslogik des Zentrums-
blattes?

Wirtschaftliche Rundschau.

Getreidepreise und Saatensandberichte. — Höhere Baum-
wollpreise. — Textilindustrie. — Kohle, Eisen, Metalle.
— Höherprozentiger Anleiheputz.

Der Höchststand der Getreidepreise an den Bör-
sen hat sich fortgesetzt. Wenn wir das letzte Mal als er-
reichte Berliner Maximalpreise A 199,75 für die
Tonne Roggen und A 208,75 für Weizen (beide Notierungen
vom 13. Mai) berechnen konnten, so ging am 25. Mai
der entsprechende (Zulieferungs-) Preis sogar auf A 210
für Weizen und A 205,50 für Roggen empor, um dann
allerdings wieder eine gewisse Abschwächung zu erfahren.
Der Chicagoer Weizenpreis pendelt noch immer um
den Dollarpunkt (100 Cents pro Bushel) herum, aber er
schlägt stärker über 100 hinaus; am 22. Mai betrug er
101%, am 28. Mai 99%; in der Vorwoche stand er vorüber-
gehend sogar auf 103 Cents.

Unschlagend sind nach wie vor die sehr herab-
gekommenen Ernterwartungen. Entsprechend ihnen, was ja
mit jedem Tag und jeder Woche deutlicher und greifbarer
werden muß, die Wirklichkeit, so werden die jetzigen Hoch-
preise sobald nicht vorüberdauern und unter Umständen we-
ter emporklettern. Vorläufig sind es freilich gumeist noch
unbestimmte Berichte und recht verschwommene Wahr-
scheinlichkeitsrechnungen, auf die sich die Spekulation stützt.
So erweist die letzte amtliche Erläuterung der deutschen
Saatensandberichte zwar an, daß die Winterfrühernten
Schaden in den Saatensand angeht habe und „die somit
notwendig gewordenen Umplantagen in vielen Bundes-
staaten einen ganz erheblichen Umfang angenommen haben,
der dem des Jahres 1901 nicht viel nachsteht“. Sie be-
zeichnet ferner die plötzliche trodrene Hitze Anfang Mai, die
selbst in den Mägen nicht wick, für wenig günstig; be-
sonders der Roggen sei vielfach zu rasch in die Falme ge-
schossen. Jedoch wird gleich hinzugefügt, der ganze Westen
des Reiches, von Schleswig bis Elbaf-Böhmen, sei hierin
vorteilhafter gestellt geblieben; in ganz Süddeutschland
fänden die Winterfrühernten eine günstigerer Beurteilung.
„Die Sommerfrühernten“, heißt es weiter, „waren um Mitte
Mai bis auf kleine Reste von Gerste und Hafer überall

gut untergebracht und zum großen Teil schön und gleich-
mäßig aufgelaufen; verschiedentlich wurde allerdings das
Reiner und Aufgehen durch Trockenheit des Bodens er-
schwert, und stellenweise haben die jungen Saaten auch
unter Verunreinigung und Drahtwürmern zu leiden; im
allgemeinen aber findet ihr Stand eine günstige Benut-
zung.“ Die wegen Auswinterung ungeschädigte Fläche be-
trägt nach dem offiziellen Saatensandbericht für Mitte
Mai: beim Weizen 2,4 pSt., beim Winterroggen 4,1 pSt.,
beim Alee 9,3 pSt., bei der Roggen 7,9 pSt. Indes sollen
beim Weizen, volle Zweierdrittel mit Sommerweizen neu
bestellt worden sein, gerade in den meist betroffenen Ge-
bieten: Sachsen, Braunschweig, Thüringen; durch den
Winterunfug soll sich an den Feldern viel gebessert
haben.

Wichtige fortrückende Nachrichten häufen sich mit
einem Male. Im mittleren und nördlichen Rußland ist
es „merzlich besser“ um die Ernteaussichten; aller-
dings werde der ziemlich trübselige Stand im russischen
Süden und die jahrelange Dichtung der russischen Vorkräfte
den Weltmarkt wenig davon profitieren lassen. Aber aus
Kanada kommt gleichfalls die Meldung, daß der vermeint-
liche Anbauausfall in Frühjahrswitzen nicht zutrefte und
die Aussichten günstig seien. Eine Reihe bekannter ame-
ricanischer Bank- und Handelsfirmen erläßt eine Er-
klärung, daß die Schadenberichte über den Winterweizen
aus Kansas, Nebraska, Indiana, Illinois und Ohio, also
aus den wichtigsten Produktionsstrichen des Innern der
Vereinigten Staaten, sehr übertrieben seien. Rücklicht
bereitet sich hier ein Gegenwort der Bauparteien vor.
Besten Falles würden wir jedoch für das noch laufende
Jahr immer wieder auf eine Preisnorm kommen, die hoch
über dem gewohnten Durchschnitt bleibt.

Die ungenügenden Wetterverhältnisse in den Vereinigten
Staaten beeinflussen leider auch unseren wichtigsten
Textilrohstoff. Der am letzten Montage in New York ge-
zahlte Kotprens von 12,90 Cents für Baumwolle über-
steigt nicht nur die Höchstnotierung des vorigen Jah-
res, sondern auch die von 1905 (12,60); im laufenden
Jahre waren bisher die Preise stets niedriger. In den
meisten Baumwollstrichen wird über Neuen gelangt; die
nahe Witterung soll die Feldarbeiten hemmen und den
Pflanzensand verschlechtern.

Doch würden unsere Textilindustrie bei ihrem
anhaltend glänzenden Geschäftsgang eine solche Preis-
bewegung, wenn sie nicht ungeahnt heftig wird, ruhig ver-
schmerzen können. Die Baumwollverarbeitung, selbst in der
überwiegenden Mehrzahl schon für das vierte Quartal
mit Aufträgen, und zwar zu steigenden Preisen, versorgt
sein. Von der Flachsgarninnerei wird schon heute das
Gesamtjahr 1907 zu den besten gezählt, die die Branche
je gehabt hat. Ähnliches gilt von fast allen Teilen der
Leinenindustrie. Aus der Fabrikation der Tuche und
Buckstins, der färblichen-ähnlichen Kleiderstoffe, der
Näbelstoffe und Teppiche, der Seiden, der Handschuhe
und Strumpfharnen, aus der Juteindustrie lauten die Berichte
fortdauernd günstig. Wenn in der vogelähnlichen Stiererei
für manche Damenkonfektionsstoffe und wollene Fantasie-
artikel augenblicklich nicht gerade die höchste Produktions-
anbahnung herrscht, so liegt das mehr an vorübergehenden
Einkäufen der Mode und der Saison, wie an einem tiefer-
gehenden Geschäftsumschwung.

Ueber die Kohlen- und Eisenproduktion im
April liegen jetzt die Ziffern vor: Die Förderung im
Deutschen Reich belief sich hier auf 11 460 255 Tonnen
Steinkohlen (im April des Vorjahres 10 106 168 Tonnen),
4 890 888 Tonnen (im Vorjahr 3 749 509 Tonnen) Braun-
kohlen, 1 777 457 Tonnen (im Vorjahr 1 610 016 Tonnen),
Roh- und 1 806 976 Tonnen (im Vorjahr 881 155 Tonnen),
Brennstoffen und Kohlpfeilene. An der Zeit vom 1. Ja-
nuar bis 30. April betrug die Produktion an Steinkohlen
46 870 753 Tonnen (im Vorjahr 45 342 714 Tonnen), an
Braunkohlen 19 842 617 Tonnen (im Vorjahr 18 285 781
Tonnen), an Roh- und 1 806 976 Tonnen (im Vorjahr 881 155
Tonnen) und an Brennstoffen und Kohlpfeilene 4 686 618
Tonnen. — Die Pro-
duktion der hochwertigen Deutschlands
und Luxemburgs, nach den Ermittlungen des Vereins deut-
scher Eisens- und Stahlindustrie, ist für April um ein
geringes hinter der Märzproduktion, die Rekordziffern bot,
zurückgefallen, doch steht sie anscheinlich über den April
1906. Sie belief sich auf 1 077 703 Tonnen (gegen
1 019 149 Tonnen im April 1906 und 1 099 257 Tonnen im
März 1907). Der deutsche Rohstahlerzeugung, die fünfzig-
fach, trotz der hohen heimischen Produktion die Einfuhr
bedeutet, die Ausfuhr fiel. Umgekehrt ist im Auslande die
Preisstellung für Produkte aus Stahl und Eisen derart
lohnend, daß der Stahlwerksverband am 25. Mai Aus-
fuhrvergütungen nicht weiter zu gewähren beschloß. Ge-
rade in England und Amerika, wo der Eisenmarkt
in rückgängige Bewegung zu geraten schien, ist die Auf-
wärtsströmung wieder vorherrschend; die Ende Mai die
Waggoner. Barrennotiz bis zu seltener Höhe (am
31. Mai 61 Schilling 8½ Pence) empordraste — seit den
Gipfelnahren 1899/1900 bewegten sich die Jahreshöchst-
preise nur zwischen 60 und 55 Schilling, und nur das Vor-
jahr 1906 verzeichnete vorübergehend eine noch ansieh-
lichere Maximalnotierung, nämlich 63½ Schilling.

Gegen einen bereits empfindlich merkbaren allge-
meinen Niedergang der Konjunktur wurde inreden ferner die an-
haltend hohen Preise fast aller Metalle. Der Kupfer-
preis in London, der Anfang April 92 Pfund Sterling be-
tragen hatte — eine sehr anscheinliche Höhe — ist im Mai
vorübergehend bis auf 100½ Pfund Sterling gesunken und
stand am 31. Mai 101—101½. Zinn erholte sich in der
gleichen Zeit von 182½ Pfund Sterling vorübergehend bis
auf 189½ und notierte am 31. Mai 1907. Blei ging von
19½ auf 20½ Pfund Sterling empor, Zink hielt sich fest auf
seinem Höchststand. Damit vergleiche man aber die früheren
Preise: Kupfer 189½ Pfund Sterling, Zinn 179½ Pfund
Sterling in 1906, 99½ in 1905 und 99 in 1904 — beim Zinn
180½ Pfund Sterling in 1906, 143½ in 1905, 126½ in 1904
— beim Blei 177½ Pfund Sterling in 1906, 138 in 1906,
etwas unter 12 Pfund Sterling im Jahre 1904. Trotz
steiger, nicht unbedeutlicher Produktionsvermehrungen
bleiben alle diese Metalle mit ihrem Angebot hinter der
ungeheim nachsenden Nachfrage zurück.

Die ununterbrochene Geld- und Reichtumsfrage hat nunmehr eine neue, nicht weiter überraschende Folgeerscheinung gegewahrt. Wahern ist bei seiner neuer Anleihe von 40 Millionen Mark (18 Millionen Mark für allgemeine, 22 Millionen Mark für Eisenbahngelder) untergeordnet wieder zum vierprozentigen Typus übergegangen. Selbst gut beurteilte Aktiengesellschaften haben letzten neue Dauerfremde durch die Ausgabe vierprozentiger Obligationen aufbringen müssen, so die Solinger Kleinbahn-Gesellschaft, die Reichs-Eisenbahnen- und Maschinenbau-Gesellschaft, die Akkumulatoren-Fabrik Göttingen. Die Gemeinden für ihre Anleihen, die Hypothekendarlehen für ihre Pfandbriefe müssen sich alle auf ähnliche Bedingungen der Leihkapitalbeschaffung einrichten. In diesen Folgeerscheinungen überragt die diesmalige Dachstuhlperiode weitaus die vorige, die mit dem Jahre 1900 endete.

Berlin, 2. Juni 1907.

Max Schippel.

Politische Umschau.

Kapitalistisches Verrenten und Arbeiterfamilie. Die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn erstreben die Verbesserung ihrer Lage. Sie haben in ihrer letzten Versammlung Forderungen aufgestellt und diese dem Direktor Mide durch ihre Vertrauensleute angelehnt. Die Vorlegung der Forderungen geschah in der letzten Vertrauensmännerversammlung, in der der Direktor Mide die Forderungen mit der Erklärung ablehnte:

„Was die Beflagte Mitarbeiter der Frau anbetrifft, ist dies doch kein Unglück; es gewährt doch für gesunde und fröhliche Frauen eine gewisse Erleichterung, für die Erhaltung der Familie mit tätig sein zu können.“

Es fällt wirklich schwer, anzunehmen, der Herr Direktor habe damit seiner erwidern und inneren Ueberzeugung Ausdruck gegeben; obige Worte seien vielmehr nach einer beachtlichen Versöhnung und Rekonkolation der Arbeiter aus. Oder hat der Herr Direktor tatsächlich so naive Anschauungen über soziale Verhältnisse? Als verantwortlicher Leiter eines so bedeutenden Instituts, wie die Berliner Straßenbahngesellschaft, wäre das unendlich befremdend für ihn. Wenn eine Frau infolge des unzureichenden Einkommens des Mannes dazu gezwungen ist, sich ebenfalls beruflich zu betätigen und mitzuarbeiten, so ist das allerdings ein Unglück; es gewährt doch genug entgegengewirkt werden kann. Der Direktor Mide scheint gar keine Ahnung davon zu haben, welche Arbeitslast und hohe Verantwortlichkeit einer Arbeiterfrau im Hause erwächst, wie hier ihre Kräfte als Hausfrau und Mutter dermaßen in Anspruch genommen werden, daß es ihr unmöglich ist, ohne bedeutende Vernachlässigung dieser Pflichten noch einem Gewerbe nachzugehen. In tausenden und aber tausenden Fällen fehlt die Erhaltung, daß die gewerbliche Tätigkeit der berechtigten Frauen Konsequenzen zeitigt, die gleichbedeutend sind mit der Zerstörung aller häuslichen und aller Familienlebens.

Neben dem Manne, der zu Hause allein vermisst, was er nach angestrengter Tagesarbeit finden möchte, sind es vor allem die Kinder, die der Mutter während des größten Teiles des Tages entbehrend; darunter leiden müssen. Ihre Pflege und Erziehung wird vernachlässigt, sie lernen den Wert eines wahren Familienlebens nicht kennen und schätzen — kurz, die Heiligkeit der Familie, die zu fördern und zu fördern eine hohe sittliche Aufgabe ist, wird einfach untergraben. — Der Herr Direktor gehört auch jenen Gesellschaftskreisen an, die heute darüber getrieben, daß die hohe Sozialdemokratie viele Heiligkeit der Familie zu untergraben beabsichtigt sei, und hat so mit seinem Ausspruch einen sehr charakteristischen Schlag dafür erbracht, wie sehr es diesen Kreisen um die Heiligkeit der Familie zu tun ist. — Warum propagiert der Mann nicht in seinen Kreisen die Idee, den Frauen dadurch, daß sie für die Erhaltung der Familie mit tätig sein können, eine gewisse Erleichterung zu gewähren? Das wäre hier durchaus angebracht; denn wo der Lebenswiderstand der Frau sich darin erschöpft, als „Dame“ des Hauses, umgeben von einer Schaar Dienstmädchen, zu repräsentieren, würde es keinen schlechten Eindruck machen, wenn dieselbe sich bemühte, sich irgendwie für die Gesellschaft nützlich zu erweisen. Aber in diesen Kreisen hat die Frau das „nicht nötig“, materielle Sorgen bedrängen sie nicht und ihr „Bedeutungslos“ ist ganz gewiß nicht so groß, um sie davon abzuhalten, sich dort zu betätigen, wo sie durch Mitwirkung der Familie eine Erleichterung zu verschaffen.

Inzwischen hat bereits eine Versammlung der Straßenbahn-Angestellten stattgefunden, in der insbesondere die Frauen eingeladen waren, und in der die Notwendigkeit einer Gehaltsaufbesserung überzeugend dargelegt wurde; auch dem Direktor Mide ist man die Antwort nicht schuldig geblieben. Ob es zum Streit kommen wird, bleibt abzuwarten.

Zusammenfassung der polnischen Arbeiterorganisationen. Aus Katowitz wird berichtet:

Die polnische Arbeiterorganisation in Breußen, die sich bisher in drei große Verbände, den Wajener, den Bochumer und den christlichen Arbeiterverein zu gegenseitiger Hilfe in Oberschlesien teilte, soll in einen einzigen großen polnischen Berufsverband verschmolzen werden. Nach monatelangen Unterhandlungen mit den Vorständen der bisherigen Organisationen fand kürzlich in Berlin eine Vertreterversammlung statt, in welcher die Notwendigkeit und Wichtigkeit einer einheitlichen polnischen Arbeiterorganisation anerkannt wurde. Da sich einer sofortigen Verschmelzung der bisherigen drei großen Verbände praktische Schwierigkeiten in den Weg stellen, ist ein dahingehender Beschluß ausgesetzt worden. Es wird beabsichtigt, bei der Zentralverwaltung der staatlichen Arbeit und Invaliditätsversicherung einen ständigen Vertreter der polnischen Arbeiterorganisation in Berlin zu bestellen. Die Zentralleitung des neuen polnischen Arbeiterverbandes wird aller Voraussicht nach in Berlin ihren Sitz haben. Um die polnischen Arbeiter von Berlin und der Umgegend einflussreich zu organisieren und dem zu schaffenden großen Verbände zuzuführen, sollen die bisherigen Einzelverbände aufgelöst und ein einziger Verband

geschaffen werden. Die Durchführung des Planes hat der Vorstand des Bochumer Verbandes übernommen.

Wir haben vor einiger Zeit bereits einmal dargelegt, daß wir diese Sonderbestrebungen der polnischen Arbeiter für einen Kampf zu verurteilen der Fehler gegen die deutsche Arbeiterbewegung halten. Stichtätige Gründe dafür, auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes getrennt zu marschieren, sind besondere Organisationen zu schaffen, können die polnischen Arbeiter nicht geltend machen. Die Sozialdemokratie, welcher die verdrängte Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter angehört, hat alle berechtigten Forderungen des polnischen Elements auf politischem Gebiete stets nachdrücklich unterstützt. Und die großen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiter sind es, die die entscheidenden Kämpfe mit dem Unternehmertum führen und das ertragen, woran auch die polnischen Arbeiter teilnehmen. Um so mehr ist der Separatismus der polnischen Arbeiter zu bedauern. Sie tun gut, sich wenigstens vor einer Ueberbündelung der Sonderbündelerei zu hüten.

Jahrzehntelange Dauer eines Streiks. In der „guten alten Zeit“ unter der Herrschaft der Junkturbefreiung, kam es öfter vor, daß Streiks viele Jahre dauerten. Ueberhaupt dauerten diese Kämpfe zwischen Geleiten und Arbeiterfamilie damals in der Regel viel länger als die Streiks unserer Zeit. Es ist vorgekommen, daß in einzelnen Städten ganze Gewerke darunter zu Grunde gegangen sind. Und dabei waren es in vielen Fällen nicht Lohn- und Arbeitsbedingungsfragen, die zum Streit führten, sondern oft genug auch Fragen der „Standesehre“. In jenen Zeiten glaubt man sich zurückversetzt, wenn man sieht, daß Ende Mai in Solingen ein Streik, der 35 Jahre gedauert hat, aufgegeben wurde. Die „Solinger Volkszeitung“ berichtet darüber:

„Im Jahre 1870 verhängte der Generaldirektor der Firma Carl Dilliger, die das berechnete Preisverhältnis (Stichtätigkeit) nicht anerkannt hatte, den Streik, und dieser Streik wurde in der ganzen langen Zeit aufrecht erhalten. Die Firma vermochte sich aber mit den Inorganisierten zu beschließen, bis vor kurzem die Gründung des Inorganisiertenverbandes erfolgte und auch die anderen dem Verbands angehörenden Gewerkschaften den Streik über die Firma D. verhängten. Nunmehr wurden erneut Verhandlungen aufgenommen, die zur Anerkennung des Preisverhältnisses und zur Zahlung einer Kriegszulagenentschädigung seitens der Firma führten. Der Streik wurde darauf beendet.“

Dieser Fall dürfte in der Geschichte der modernen Streiks einzig dastehen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeiterern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hannstädte: Hamburg: Ochsenwärdler, Kirchwärdler (Streiks), Guxhagen (Aussperrung), Altonaer (Sperrn über Knoop), Lübeck (Differenzen);

Schleswig-Holstein: Burg B. Wilster, Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Heiligenhafen, Flensburg, Mölln (Streiks), Schleswig (Bauarbeiterstreik), Reinhold (Sperrn über B. Haager);

Mecklenburg: Neubrandenburg (Aussperrung), Sülze (Sperrn über Holdorf), Rostock (Differenzen), Boizenburg (Sperrn über den Bau des Mühlbesitzers Hinselmann);

Brandenburg: Berlin (Aussperrung). Das Berliner Lohngelände umfaßt 64 politische Gemeinden. Die an der Grenze des Lohngeländes liegenden Orte sind folgende: Friedrichshagen, Cöpenick, Grünau, Bohndorf, Alt-Glienick, Radow, Buckow, Marienfelde, Gr.-Lichterfelde, Zehlendorf, Grunewald, Westend, Nonnenwiese, Haselhorst, Dalldorf, Bernickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Hemsdorf, Weissensee, Hohen-Schönhausen, Friedrichfelde und Karlshorst. Alle Orte die innerhalb dieses Kreises liegen, werden von der Aussperrung erfasst. Kalkberge-Rüdersdorf, Hennickendorf-Berzfelde, Hirschgarten (Streiks), Bruchmühle (Sperrn über Krause), Mittenwalde (Sperrn über Rehfeld, Kreis-Krankenhaus und Saalbau in Gallin), Oranienburg (Sperrn über die chemische Fabrik);

Pommern: Stolp (Aussperrung), Gammeln, Gartz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperrn über Paape), Wolgast (Differenzen), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern);

Ost- und Westpreussen: Fraust (Streik), Sensburg (Aussperrung), Marienburg, Marienwerder, Könitz (Differenzen);

Posen: Schwarsenz, Kolmar (Streiks), Pinné (Differenzen);

Schlesien: Ohlau, Sagan, Sprottau, Haynau (Streiks), Schmöderberg, Jauer, Landeshut (Differenzen), Peistowitz (Aussperrung);

Königr. Sachsen: Chemnitz, Kirchberg, Grossenhain, Ober- und Niederneukirch, Stainigtwoldorf, Wehrdorf, Ringenhain, Mülsen-St. Jakob, (Streiks), Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marion & Kunze,

Bahnhofsbauten, M. Steyskal in Mückern; Solrstrasse, Gottlieb Tschorley in L.-Gohlis, Pariserstrasse, Hainseroth, L.-Anger, Spiecherstrasse, Alfred Kirschner, L.-Gohlis, St. Privatstrasse, Th. Kössling, L.-Anger, Weissenburgstrasse), Schneeberg (Sperrn über G. Heckel in Schneeberg und Lain in Aue, Bau Regt in Nieder-schlema), Meissen (Sperrn über Teicherts Ofsenfabrik);

Thüringen: Blankenburg i. Th., Meiningen (Streiks), Zschau (Sperrn über die Zuckerraffinerie in Rositz);

Provinz Sachsen und Anhalt: Hornhausen, Halle a. d. S., Egein, Erfurt, Artern, Querfurt, Weissenfels (Streiks), Naumburg a. d. S. (Sperrn über Emil Müller, Kanonierstrasse), Wettin (Sperrn über Zeche, Oshaneshall, Unter-nahmer Röhler), Bernburg, Jochsanleben (Aussperrungen), Naumburg (Sperrn über Knabe in Rossleben), Zeitz (Differenzen), Keuschberg (Sperrn über Alb. Jakob), Osterwieck (Sperrn über Witte und Wilhelm), Merseburg (Sperrn über Schreyer);

Hannover, Oldenburg und Lippe: Lauterberg, Springe, Melle, Münden a. d. (Streiks), Dolmshorst (Bauarbeiterstreik), Hameln, Gelle (Aussperrung), Stade (Sperrn über Bülzing), Wilsen (Differenzen);

Westfalen: Blüde, Herford (Streiks), Bochum (Sperrn über Wingenfeld), Hagen (mehrere Sperrn);

Rheinland: Aachen (Streik), Düsseldorf (Sperrn über das Röhren- und Blochwalzwerk Lifenfeld), Heiligen-wald b. Trier (Sperrn über P. Broschorn), Kettwig (Sperrn über Endlein);

Hessen und Waldeck: Rinteln, Wildungen, Alendorf a. d. Werra, Rüdelsheim (Streiks), Heidesheim (Sperrn über Rump, Jakob und Franz Widsorsky), Pionheim, (Sperrn über Kossler, Braun und Holzderber), Oppenheim (Sperrn über A. Gesina und Florian Krayer), Leidhecken (Sperrn über P. Seip), Reichelsheim (Sperrn über K. Faust), Lorsch (Sperrn über beide Geschäfte Brunnengraber);

Baden-Pfalz: Neustadt a. d. Haardt, Wiesloch, Offenburg, Eberbach (Streiks), Roxheim (verschiedene Sperrn), Mannheim-Ludwigshafen (Sperrn über Beton-geschäft Wayss & Freitag);

Elsass-Lothringen: Mülhausen, St. Ludwig (Streiks), Strassburg (Sperrn über Ph. Frey);

Bayern: Bad Tölz, Bamberg, Culmbach, Schwandorf, Alt- und Neudittling (Streiks), Selb (Sperrn über Jäger & Werner), Landsaut (Differenzen);

Schweiz:

Born, Bülach, Olten.

Oesterreich:

Weisswasser, Haida, Neusattl, Mährisch-Neustadt, Berndorf, Pottenstein, Oberhollabrunn, Regau, Haida (Streiks).

Ungarn:

Pressburg, Budapest (Aussperrung).

Gau Berlin. Das Eingreifen der Arbeiter in die Bewegung hat sofort eine große Anzahl Unternehmer in solche Bedrängnis gebracht, daß sie die Forderungen der Arbeiter bewilligen mußten; 51 neue Verträge wurden hierdurch gleich in den ersten Tagen geschlossen. Von den bedrängten in den Streit eingetretenen 1351 Bauern konnte die größere Hälfte alsbald die Arbeit wieder aufnehmen. Bis zum Montag dieser Woche lagen 678 Verträge für Maurer und Bauhilfsarbeiter vor; so nach und nach fühlten sich Unternehmer größerer Bauten geneigt, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. In den letzten Tagen unterschrieb ein Unternehmer, der nicht weniger als 15 Bauten zu befehlen hatte.

Der Vorstand des Unternehmerverbandes hat ja nun auch zum erweiterten Angriff gefaßt, indem die Aussperrung aufgehoben und allen „Arbeitswilligen“ Gelegenheit gegeben werden soll, zu den alten Bedingungen in Arbeit treten zu können. Das ist die glatte Anerkennung, daß die Aussperrung mißlungen ist und daß die Mitglieder des Unternehmerverbandes dringend Arbeiter benötigen. Nach den Berliner Zeitungen sollte schon am letzten Sonnabend durch große Plakate an allen Anschlagstulen Groß-Berlins verfindet werden, daß am Montag die Bauten zur Aufnahme von „Arbeitswilligen“ geöffnet seien. Ebenfalls wurde verfindet, daß die Polizeibehörde den weitgehenden Schutz der „Arbeitswilligen“ zugesagt habe. Die Unternehmer haben sich aber noch im letzten Augenblick gesagt, um was zu blamieren, ist es immer noch früh genug, und so werden sich die „Scharen Arbeitswilliger“ und die schützende Schutzmannschaft am Montag vergeblich bemühen haben.

Wie es scheint, soll nun auch noch von anderer Seite dem Verband der Baugeschäfte schmerzlicher Nummer bereitet werden; eine Anzahl Dachbedeckmeister, man redet von elf der größten Firmen, soll des langen Dachbedeckstreiks müde sein und beschließen haben, aus dem Arbeitgeberverband auszutreten und sich mit den Streikenden zu verständigen. In den Vorberhandlungen ist das folgende vereinbart worden: vom 1. Juli a. c. ein 15 tündige Arbeitszeit und 80 s. Stundenlohn, ein Jahr später 82 s. und vom 1. Juli 1910 an 85 s. Mit dem Zustandekommen dieser Vereinbarung würden alle noch in Berlin anwesenden streikenden Dachbeder in Arbeit kommen, und für den Achtundtag wäre eine weitere Woche geschlossen. In Kolmar i. P. sind von 83 Gefellen und acht Polieren, die vor dem Streit beschäftigt waren,

Dieser Tarif gilt bis 1. April 1908 und auf ein weiteres Jahr, wenn derselbe nicht am 1. Januar 1908 gekündigt wird.

Ihrer umgehenden schriftlichen Erklärung sehen wir entgegen. Die Arbeitgeber.

Es sind dies dieselben Bedingungen, die den Gesellen schon bei Beginn des Streiks geboten wurden. Der Streit dauert unverändert fort.

Der Streit in Halle wird von beiden Seiten mit großem Nachdruck geführt. Halle war ja schon immer eine Zentrale für den Streikbewegungen, und schon mancher Streit wurde durch Streikbrecher erblüht, die ihren Weg über Halle genommen hatten. Es war darum auch keine Ueberschätzung für die Streikbreiter, daß die Unternehmer mehrere Transporte von Italienern heranzubringen; damit ist in jedem Stadium der Bewegung gerechnet worden. Seitdem man aus dem Munde des Herrn Zimmermannsbürg, einer Autorität auf jenem Gebiet, weiß, daß die Unternehmer mit ausländischen Elementen, wie Italienern, Tschechen usw. nicht viel Staat machen können, sieht man in Arbeiterkreisen dieser dreistigen Gefahr mit ziemlicher Ruhe entgegen. Aber was haben die Unternehmer nun nach Halle geschleppt? Am Ende der letzten Woche beschäftigten sie 24 Poliere, 89 Deutsche und 103 Italiener, von denen 83 Maurer sind und 168 Lehrlinge. Das ist ihr ganzer Herdamm! Und daraufhin lassen sie in ihren Presspapieren veröffentlichen, daß der Streit für sie gar nicht mehr aktuell sei, da ihr Bedarf an Arbeitskräften „voll und ganz“ gedeckt wäre. Die bürgerliche Presse in Halle leistet sich überhaupt Sachen, wie man sie sonst selten beobachtet. In einem Organ wird geschrieben: „Die auswärtigen Arbeiter arbeiten nach 12- bis 14stündiger außerordentlich noch leistungsfähiger als die hiesigen.“ Aus dem Jargon der bürgerlichen Presssalmonden in gehobener Weise übertragen, soll das heißen, daß die Streikbrecher leistungsfähiger sind, als die hiesigen Maurer. Ob das betreffende Blatt glaubt, daß es nur für Winde schreibt, oder ob seine Fabrikanten wirklich an Gehirnschwund leiden, wollen wir von hier aus nicht entscheiden. Gegenüber dem Chimborazo von Unwahrscheinlichkeiten, den die schreibenden Handlanger der Unternehmer seinen Tag ausfüllen, hat die Streikbreitung in einem Flugblatt klar und bündig die Sachlage geschildert, wie sie in Wirklichkeit liegt. Daraus verdient besonders hervorgehoben zu werden, die Feststellung: Seit dem Jahre 1899 haben die Stundenlöhne und sonstigen Arbeitsbedingungen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter noch keine Aufbesserung erfahren trotz der immer steigenden Lebensmittelpreise, Steigerung von Wohnungsmieten, sowie überhaupt aller direkten und indirekten Abgaben an Staat und Kommune.

Es wird in dem Flugblatt der Nachweis geführt, daß die Arbeiter sogar recht bedeutend mit ihren Forderungen zurückgegangen sind, während die Unternehmer nur in der Lohnfrage einiges Entgegenkommen zeigten, sich aber bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit auf einen völlig ablehnenden Standpunkt stellten. Es ist in Halle so wie es in Berlin und Erfurt ist. Das Unternehmertum kämpft gegen die von den Arbeitern verlangte Verkürzung der Arbeitszeit. Dieser Kampf ist ebenso verwerflich wie tödlich. Unter halbwegs urteilsfähigen Menschen besteht längst kein Streit mehr darüber, daß die Vorbedingung des kulturellen Fortschritts die Verbesserung der Lebensbedingungen der großen Masse des Volkes ist und daß dazu in erster Linie eine Verkürzung der Arbeitszeit gehört. Man kann kaum noch irgend ein Wort eines bedeutenden Nationalökonomem aufschlagen, ohne sofort auf diese Dinge zu stoßen, und jeder, der ihnen die Anerkennung verweigern würde, würde sich damit in der wissenschaftlichen Welt unumgänglich machen. Aber die Unternehmer des Baugewerbes, um von den anderen nicht zu reden, sträuben sich trotzdem mit Händen und Füßen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit und der ganze alte Chor der bürgerlichen Presse läßt ihnen Beifall zu. Diese Erscheinung zeigt so recht, wie wenig es die bürgerliche Wissenschaft verstanden hat, mit den Ergebnissen ihrer Forschungen und Studien das bürgerliche Denken und Handeln zu beeinflussen. Um so mehr wird es Sache der Arbeiterklasse und ihrer Kampforganisationen sein müssen, dem Prinzip der Arbeitszeitverkürzung zum Siege zu verhelfen. Wohl wissen wir, daß sich die Vertreter der Bauunternehmer auf ihren Verbandstagen in Götting verhalten haben, in dieser Frage keinen Finger breit nachzugeben; aber das wird den Glan der kämpfer nur verstärken. Die Unternehmer sträuben sich gegen etwas, was gegen sie auf die Dauer doch keinen Widerstand gibt. Das sollten sie auch einsehen; denn sie können doch wohl kaum glauben, daß die Bewegung in der Herabminderung der Arbeitszeit plötzlich erstarren könnte. Diese Bewegung wird weiter gehen, bis sie ihre natürlichen Grenzen gefunden hat. Kein Prinzip einer höheren Wirtschaft und einer höheren Kultur hat sich bisher vernichten lassen — und auch die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein solches Prinzip. Ob das Unternehmertum, solchen Erwägungen zugänglich ist?

Der Streit in Schöneberg mußte am 4. Juni ohne Erfolg beendet werden. Der Zugang von „Arbeitswilligen“ war zu groß. Zudem mischte sich auch die Polizei mit in den Kampf ein. Unter den Streikbrechern sind viele, die zu normalen Zeiten überhaupt keine Arbeit erhalten, die aber nun doch zur Unterdrückung der Streikenden benutzt werden. Die Unternehmer glauben nun in ihrem Gesetzmäßig, die Streikenden aushungern zu können, und haben daher eine Annonce losgelassen, daß kein Streikender vor Ablauf dieses Jahres wieder Arbeit erhält. Die Streikenden hingegen haben freiwillig auf die Arbeit verzichtet und sind alle anderwärts untergebracht. Es ist notwendig, daß der Zugang ferngehalten wird. Ränge dürfte die Freunde der Unternehmer allerdings nicht wahren, denn schon heute ist ein Teil der Streikbrecher wieder abgereist, andere dürften ebenfalls bald folgen. Dann werden die Unternehmer ebenfalls noch froh sein, wenn sie wieder organisierte Maurer bekommen können, zuvor aber werden sie dann die Forderungen der Maurer anerkennen müssen.

Es ist also zu erwarten, daß das, was wir jetzt nicht erreichen konnten, später ohne Kampf eingeholt werden kann. Der Streit in Meuselwitz ist mit Erfolg beendet worden. Geordert wurde eine Lohnsteigerung von 40 auf 46 1/2. Erreicht wurde bei Aufnahme der Arbeit 44 1/2 und vom 1. Oktober 1907 an 45 1/2.

Gau Alfeld. In der vorigen Nummer des „Grundstein“ wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmertum in Bübel mit dem Plan umgeht, die Maurer, vielleicht auch noch weitere Kreise der Bauarbeiterklasse, auszusperren. Sie glauben unbedingt, daß eine Sperre in irgend einer Form bestünde. Nachdem dann in einer Resolution der Standpunkt der Organisation der Maurer festgelegt war, hat sich bis jetzt in dieser Sache weiter nichts ereignet. Die Unternehmer füllen sich in Stillschweigen. Das kann man nun denken, wie man will. Ganz im reinen scheint die Sache noch nicht zu sein. Wenn die Bübeler Maurer nun zunächst die Auslieferung nicht zu lösen bekommen, so versucht das Unternehmertum sich auf andere Weise zu rächen, indem es versucht, die verbeiterten anständigen Kollegen zu makeln. Wie festgesetzt wurde, sind durch den Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes zu Anfang der Woche alle zugewiesenen Kollegen eingestellt worden, von den seit einer Woche und länger eingezogenen 15 verbeiterten Kollegen nur ein einziger. Deren müssen wir uns wehren. Die reisenden Kollegen werden dringend ersucht, Bübel so lange zu meiden, bis alle Differenzen erledigt sind und an dieser Stelle bekannt gegeben wird, daß Zugang erwünscht ist.

In Heiligenhafen dauert der Streit ununterbrochen fort. Eine Versetzung ist nicht eingetreten. Es ist nur ein Kollege am Orte.

In Dargun haben sich die Unternehmer bereit erklärt, den in Oncken vereinbarten Lohn ebenfalls zu bezahlen.

In Gadebusch bewilligten die Unternehmer für dieses Jahr eine Lohnsteigerung von 32 1/2 auf 36 1/2, bei zehneinhalbstündiger Arbeitszeit. Im nächsten Jahre beträgt der Stundenlohn 40 1/2 und die Arbeitszeit zehn Stunden.

Gau Mannheim. Vom Zweigverein Mannheim-Ludwigshafen wird berichtet: Die Lohnbewegungen in Galsoda und Darmstadt sind mit vollem Erfolg beendet.

In der Lohnbewegung der Zementreue in Mannheim-Ludwigshafen haben 14 Firmen den Tarif anerkannt. Die Firma Wagh & Freitag, Neustadt a. d. Saar, hat unsere Zustimmung mit der Begründung zurückgewiesen, keine Zementreue in den genannten Städten zu beschäftigen, weshalb sich die Anerkennung des Tarifs erübrige. Mit einer beratigen Abweisung gaben sich die Zementreue aber nicht zufrieden und stellten am 2. Juni einmütig die Arbeit ein; die Hilfsarbeiter schlossen sich sofort an. Die Baustellen sind in Mannheim Zementfabrik Walsdorf und in Ludwigshafen Maschinenfabrik Sülzer. Vor Zugang wird gewarnt.

Der Streit in Borsch ist aufgehoben worden, nachdem mit zwei Unternehmern ein Tarif abgeschlossen worden ist; über die weiteren beiden Baugeschäfte Brunnengraber bleibt solange die Sperre bestehen, bis sie den Tarif anerkennen haben.

Die Lohnbewegung in Trier ist wahrscheinlich wieder einmal durch die Hoescht oder das latidische Ungeheuer der christlichen Führer zu schanden geworden. Zwischen unsren und den christlichen Kollegen war eine Verständigung darüber erzielt worden, daß vorläufig zwei Unternehmer, Wolf und Probst, gesperrt werden sollten. Am Donnerstag Abend waren die Maurer der beiden Unternehmer zusammenberufen, um endgültig über die Angelegenheit zu beschließen. Drensel vom christlichen Verband versprach seinen Mitgliedern: Wenn Ihr am Montag, den 10. Juni, einmütig die Arbeit in den beiden Geschäften niederlegt, so bekommt Ihr in dieser ersten Woche, falls in dieser der Lohn geregelt und die Sache beigelegt ist, von uns Euren vollen Lohn ausbezahlt; dauert es länger, dann natürlich wird statutengemäß gehandelt. Danach wurde per Stimmgelöst abgestimmt und alle, ohne Ausnahme, stimmten für die Sperre. Nun wurde noch beschlossen, Freitag Abend eine öffentliche Mauereverammlung abzuhalten; außerdem sollten am Sonnabend Morgen Zettel an die Maurer der beiden Unternehmer ausgegeben werden, wodurch nochmals auf den Beschluß und auf die notwendige Lösung des Arbeitsverhältnisses hingewiesen werden sollte. Die Veranstaltung fand auch statt; die Gesellen hatten überall eine Stunde früher Feierabend gemacht und strömten in Masse, etwa 370 wurden gezählt, in das Lokal. Herr Wendel vom christlichen Verband legte los; er sprach alle Namen. Nicht vom Streit und Sperren sprach er, sondern er stellte der Versammlung vor, daß er bereit gehandelt hätte; er hätte an den Verbandsvorsitzenden Wiedberg berichtet und dieser hätte ihm im Laufe des Tages einen Erlaß geschickt, wonach die beschlossene Sperre sofort rückgängig zu machen sei; er wäre selbst und wollte die ganze Sache mit dem Mettern friedlich regeln. Drensel fand aber gar keinen Beschluß mit seiner Rede. Mit Ausnahme seiner identischen Geister stimmten alle dafür, daß der Beschluß, die beiden Geschäfte zu sperren, hoch gehalten werde. Ja, nur dem Jurenden des Kollegen Schön aus Weg gelang es, die erregte Masse davon abzuhalten, daß sie alle die Arbeit niederlegten, was auch von hiesigen Zeitungen anerkannt wurde. Am Sonnabend Morgen wurden nun auf den Bauten der zwei Unternehmer die Zettel ausgeteilt und von den dort beschäftigten Maurern fast durcheinand unterschrieben. Man bekam es die Meister mit der Angst. Probst schickte sogleich an die Organisationsleitungen, sie möchten kommen, er würde unterhandeln, sein Bau wäre nicht gesperrt werden. Unser Vertreter sagte dem Vater, Herr Probst wolle warten, wir können im Laufe des Tages, jetzt hätten wir keine Zeit; Wendel war nämlich nicht anwesend. Als aber dann unser Kollege zur Erledigung anderer Geschäfte das Lokal verließ, hatte, kam Wendel, betrat die Volkshaus und machte sich sofort, ohne auch nur nach uns zu fragen, auf den Weg zu Herrn Probst. Er war fast eine Stunde mit dem Unternehmer allein in der Wunde, später kam noch der Vorsitzende des Trierer Unternehmerrates hinzu. Und das Resultat! Die Sperre, die für uns so günstig war, wurde auf das Versprechen der Meister hin, im Laufe dieser Woche mit uns zu unterhandeln, ehe sie begonnen hatte, aufgehoben. Man hatte die Arbeiter einmal wieder recht christlich beschädigt. Die Kollegen von Trier und Umgebung mögen doch daraus ihre Schlüsse ziehen.

Gau München. In Alt- und Neustetting wurden am 19. Mai die Forderungen unserer Kollegen an die Unternehmer eingeleitet. Verlangt wurden 35 1/2 Stundenlohn. Die Löhne differierten bisher zwischen 24—33 1/2 pro Stunde. Am 7. Juni kam es zu Unterhandlungen, die hauptsächlich darauf zielten, daß der Preis der Unternehmer die Oberhand gewann und einer dem anderen Schmückfonturen vorwarf, wobei sie sich gegenseitig die schönsten Schimpfwörter sagten. Unsere Forderungen bewilligte keiner, da jeder des anderen Schmückfonturen fürchtete. In der Aufregung verließen die Herren das Lokal, so daß die Unterhandlung abgebrochen war. Um sich für die sich selbst zugewiesene Wagnisse zu rächen, wurden am Sonnabend einzelne unserer Kollegen entlassen. Nun wurde aber der Spiel umgedreht. In einer sehr gut besuchten Versammlung, in der Kollege Carl-Jungfer referierte, wurde einstimmig beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Die Situation ist gut. Wir werden sehen, wenn die Kollegen ihre Pflicht tun. Zugang nach Alt- und Neustetting ist strengstens fernzuhalten.

In Landsberg a. L. kam eine Einigung zu stande. Durch Unterhandlungen zwischen dem Bauvorstandenden und den einzelnen Unternehmern wurde für Maurer ein Stundenlohn von 46 1/2, für Bauhilfsarbeiter ein solcher von 36 1/2 vereinbart. Ein Tarif wurde nicht abgeschlossen, was aber den Kollegen keinen Schaden bringen wird. Dringend notwendig ist es, daß die Kollegen alles daransetzen, den dortigen Zweigverein noch viel mehr auszubauen. Nur dann ist uns Gewähr für die Zukunft gegeben.

Gau Nürnberg. Da seit einem Jahre in Gungenhausen eine Zählstelle besteht und diese sich dank der Agitation der Zweigvereinsverwaltung Nürnberg-Büch zu einer festen Körperlichkeit entwickelt hat, konnten auch die Kollegen daran denken, eine Forderung an die Unternehmer einzubringen. Es wurde beschlossen, die Stundenlöhne von 23 bis 36 1/2 pro Stunde auf 45 1/2 zu erhöhen, unter Beibehaltung der zur Zeit am Orte bestehenden zehneinhalbstündigen Arbeitszeit. Da sich die Unternehmer auf Unterhandlungen nicht einließen, wurde die Lohnkommission am 8. Juni bei jedem einzelnen nochmals vortrefflich, jedoch ohne Erfolg. Darauf legten die Kollegen einmütig die Arbeit nieder und beschlossen, so lange zu kämpfen, bis die Forderung durchgeföhrt sei. Die Situation ist günstig.

Nachtrag. Die Bewegung ist inzwischen erledigt worden. Die Unternehmer bewilligten nach dreitägigem Streit 38 1/2 Stundenlohn. Der frühere Lohn betrug im Durchschnitt 31,70 1/2; es ist also ein ganz annehmbarer Erfolg erzielt worden. Es wäre mehr erreicht worden, wenn nicht doch einige Kollegen stehen geblieben wären und wenn nicht von einigen Streikenden auf eigene Faust mit den Unternehmern verhandelt worden wäre. Diese Abberkrankheiten haben den Erfolg doch etwas herabgedrückt.

In Bamberg hat der Streit zu einem Kampf zwischen der Stabverwaltung und den Bauunternehmern geführt. In den beiden letzten Nummern des „Grundstein“ haben wir berichtet, daß die Unternehmer nur dann bereit sind, den Lohn um 2 1/2 pro Stunde zu erhöhen, wenn der Stadtmagistrat den Wautarif in allen Positionen sofort um 5 pEt. erhöhen würde, was dieser aber mit Entrüstung zurückgewiesen hat. Im öffentlichen Sitzung des Stadtmagistrats wurde von dem städtischen Wautarif erklärt: daß die Arbeitgeber bei den gegenwärtigen Preisen wohl in der Lage sind, die Forderung der Maurer zu bewilligen, ohne aus eigenen Mitteln auslegen zu müssen, und daß die Bauunternehmer durch ihr Verhalten die Bewegung unter den Maurern dem Stadtmagistrat aufhalten möchten. Gleichzeitig wurde der städtische Wautarif bekannt gegeben und in allen Zeitungen am Orte veröffentlicht, worüber die Unternehmer sehr erköst sind. Sie haben nun ebenfalls in allen Zeitungen „Erklärungen“ losgelassen, worin u. a. gesagt wird, daß die kundengebene Anlässe der Tarifkommission eine faullose, unangebrachte Besetzung sei, die niedriger gehalten zu werden verdient, daß leichtfertig eine ganze Reihe einwandfreier Bürger beleidigt worden seien, und dergleichen mehr. Die Situation ist für uns äußerst günstig. Ein Unternehmer, der z. B. die meisten Arbeiten am Orte zur Ausführung hat, ist aus dem Arbeitgeberverbande ausgetreten und hat unsere reduzierte Forderung bewilligt, so daß nur noch sehr wenig Streikende am Orte vorhanden sind. Dem Beispiel dieses einen Unternehmers dürfen wohl bald mehrere folgen, und dann werden auch die Oberbungen des Bauberufes ihren bodenständigen Standpunkt verlassen müssen.

Von Schwabach ist zu unserem letzten Bericht noch nachzutragen, daß im dritten Vertragsjahre 1909 eine Verkürzung der Arbeitszeit von einer Viertelstunde pro Tag in Kraft tritt.

In Selb haben unsere Kollegen einen vollen Sieg nach neuntägigem Streit erfochten. Erst wollten die Unternehmer mit ihren Arbeitern gar nicht unterhandeln, als aber der Streit ausgebrochen war und die Unternehmer die Einigkeit unserer Kollegen kannten, kam einer nach-dem anderen ins Streiklokal, um unsere volle Forderung zu unterschreiben. Nur eine Kaufirma, Jäger & Werner, hat die Forderung nach nicht bewilligt; aber deren Bauten ist die Sperre verhängt worden. Im übrigen ist der Streit beendet. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, bisher 11 Stunden pro Tag. Wändelohn 45 1/2, bisher Durchschnittslohn von 39 1/2 pro Stunde. Ueberstunden werden mit 10 1/2, Nachts, Sonntags, Feuerungs- und Wasserarbeit mit 20 1/2 Lohnzuschlag pro Stunde vergütet. Wäber konnte man solche Zuschläge nicht. Von den 98 am Orte vorhandenen Maurern blieben nur 6 an der Arbeit und 4 fielen nach einigen Tagen ein. Zugang fand gar keiner statt, was um so höher zu bewerten ist, als Selb ganz nahe an der höhnlichen Grenze liegt und dort mit ganz geringen Ausnahmen aus lauter Maurer aus Desterreich beschäftigt werden, da am Orte und in der Umgebung nur zirka 17 Maurer anfangig sind.

In Schwandorf dauert der Streit noch ununterbrochen fort, da auch dort die Unternehmer ebenso wie in Bamberg ihren ablehnenden Standpunkt noch nicht verlassen. Am Orte sind nur noch acht Streikende, alle anderen haben den Ort verlassen oder sind anderweitig untergebracht.

In Würzburg haben die Bauhilfsarbeiter den Streik beschlossen, wobei circa 50 unserer Kollegen in Mit-

Gau Oden. In Raftenburg hatte es den Anschein, als ob es die Unternehmer wegen der Lohnforderung zum Kampf kommen lassen wollten. Als jedoch unsere Kollegen Ernst machten und beschloffen, gegen die Unternehmer, die nicht bewilligten, mit Bauherren vorzugehen, unterschrieben sechs Unternehmer die Forderung (48 3 Stundenlohn). Nur der Unternehmer Wilschlin konnte nicht genug auf der Verband und die unterjochten Maurer schimpfen. Er lang ein Korb auf die Italiener und meinte, er werde in Zukunft überhaupt keine Raftenburger Maurer mehr beschäftigen. Unsere Kollegen wollten ihm seine Freude an den Italienern nicht verkosten und stellten geschlossen die Arbeit ein. Wilschlin sollte sich nun Italiener. Aber er muß noch durch deren Tätigkeit nicht besonders erbaute gewesen sein; denn als er sich die Geschichte 14 Tage lang angesehen hatte, unterschrieb er ebenfalls die Forderung und meinte: "Die 14 Tage haben mir Geld genug geflohen". Offenbar nehmen sich andere Unternehmer, die den Italiener-Koller noch immer nicht los werden können, hieran ein Beispiel.

Bekanntlich wurden unsere Kollegen in Sensburg ausgeperrt, weil sie es ablehnten, einen Vertrag zu unterschreiben, in dem noch für drei Jahre die einstündige Arbeitszeit vorgegeben war. Unsere Briefen von Königsberg und Allenstein waren über die Frechheit unserer Kollegen offen; sie sagten: "Alles ist eine große Stadt, und wir arbeiten noch elf Stunden; wie können die Sensburger schon zehn Stunden verlangen!" Sofort waren sie sich mit den Sekretären Schönfels und Vollmar aus Königsberg einig, daß hier den Unternehmern geflohen werden müßte, und gingen auch gleich zur Tat über. Einige Sensburger Ausgesperrte, fünf vom Zentralverband und drei von der katholischen Fachabteilung, fuhrten während der Aussperrung nach der christlichen Sozialisierung und erhielten auch Arbeit. Hier erhielten sie zunächst die Belehrung, daß alle nicht richtig organisiert seien, nur der christliche Bauhandwerkerverband sei maßgebend, gleichzeitig wurde ihnen bedeutet, daß es für Christen eine Unschicklichkeit sei, die zehnstündige Arbeitszeit zu verlangen. Als man sie nun genügend bearbeitet hatte, schickte man sie als gute Christen nach Sensburg zurück, wo sie sich den Unternehmern zu jeder Bedingung zur Verfügung stellten. Die Herren Schönfels und Vollmar waren nach dieser ersten Geduldet nun wohl der Meinung, daß nun schon den Unternehmern geholfen sei und daß die ganzen Sensburger Kollegen mit Gang und Klang ins christliche Lager übergehen würden; jedoch der liebe Hühn war vergebens. Sonntag, den 2. Juni, waren die Kollegen zu einer Versammlung eingeladen, in der der Oberkirch Vollmar mit seiner Predigt die Kollegen zu Streikbrechen erziehen wollte; jedoch nur eine Handvoll Streikbrecher waren erschienen; die anderen Kollegen hatten den Wolf im Schafspelz erkannt und hielten ihm, wenn es nicht strafbar wäre, am liebsten etwas anderes erzählt. Als nun die Gründung des selben Vereins vollzogen war, wurde sofort den Unternehmern die Hilfe des Vereins angeboten und gleich mit zwei Unternehmern; die aber wenig Arbeit haben, ein Vertrag abgeschlossen. Die Mitglieder wissen aber nicht, was eigentlich vereinbart ist. Geholfen ist den diebischen Unternehmern aber immer noch nicht; sie müssen nach wie vor Italiener beschäftigen. Nur der Unternehmer Lorenz, der fast die gesamte Arbeit hat, ließ die Christen abblenden, und einigte sich mit unseren Kollegen, weil er ein sah, daß die Handvoll Streikbrecher ihm nichts nützen konnte. Die Bauten der Unternehmer Heß und Vintz sind gesperrt; sie dürfen jedenfalls auch bald zu der Einsicht kommen, daß ihnen die paar Christen auch nicht helfen können. Die Herren Vollmar und Schönfels haben in diesem Jahre hier wenig zu tun. Unser Verband hat sich hier soviel Mühe verschafft, daß in diesem Jahre bis jetzt alle Lohnbewegungen in Ostpreußen ohne Streit zu Gunsten der Kollegen erledigt sind; es gab also keine Streikbrecher zu organisieren. Wie erfreut waren sie, als die Aussperrung in Sensburg erfolgte. Hier konnten sie wieder ihre Unwesen treiben. Viel Glück haben sie aber nicht gehabt.

Gau Siedlin. Einen neuen Beitrag zum Unternehmerterrorismus haben die Herren des Arbeitgeberverbandes zu Stolp geliefert. Die von ihnen ausgesperrten Maurer haben zum größten Teile in der landlichen Umgegend Arbeit gefunden. Da das den Plan der Herren, die Maurer durch Ausschmugung zum Nachgeben zu zwingen, durchzuziehen, so müssen sie eifrig darauf los, um diese Maurer überall wieder aus der Arbeit zu bringen. In den letzten Wochen haben sie sich nun mit einem Schreiben an den Vorstand des konservativen Vereins gewandt, der dafür sorgen soll, daß die ausgesperrten Maurer überall entlassen werden. Da die kommunistischen Kreise aber gegenwärtig auch allerlei notwendige Arbeiten auf ihren Gütern haben, wozu sie die Maurer gebrauchen, so müssen schon etwas starke Töne angeschlagen werden, um sie dennoch den Wünschen der Bauunternehmer gefügig zu machen. Die Stolper Unternehmer schienen die Zutritt ganz richtig ein, sie wissen, was sie anfangen sind. Sie stellen die unwahre Behauptung auf, die Maurer freizeiten. Sie müssen zwar nachher selber sagen, daß sie selber die Maurer entlassen, aber auf alle Fälle haben sie hin und her geschrieben, was sie für einen ganz recht, was so ein richtiger kommunistischer Kreisläufer ist, denn sagt das Wort Streit einen feilschen Schreden ein, und zumal, wenn man dann noch das ganze ordnungspolitische Regier aufzieht. Die sozialdemokratische Streikleitung, die sozialrevolutionäre geminnlichen Maurer, die als Wölfe im Schafspelz die sozialrevolutionäre Bewegung auch auf das unschuldige Land hinausbringen. Das muß wohl anslagen. Die Unternehmer verlangen von den konservativen Kreisen, daß sie dafür sorgen, daß auf ihren etwaigen Bauten nicht allein keine Stolper Maurer, sondern überhaupt keine Maurer, die in Zentralverband organisiert sind, beschäftigt werden. Wo diese Maurer von den Landunternehmern eingestellt seien, sollten diese auf-

gefordert werden, "sozialrevolutionäre geminnliche Maurer sofort zu entlassen". Die im Hintergrunde lauernde Frage, wie die Bauherren ihre Arbeiten ohne Maurer fertig bekommen wollen, beantwortet der Arbeitgeberverband ebenso einfach wie schön: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wir sagen: Gewiß, ein recht gangbarer Weg ist da, er ist auch für die Stolper Unternehmer da, aber ihnen fehlt der Wille. Wollten sie ernstlich ein Ende des Zwistes, am Ende dieses "sozialrevolutionären" Maureraufstandes, so wäre für sie nichts leichter, als diesen Weg zu beschreiten, aber sie wollen eben nicht. Gehen, aber die konservativen Vereinsbrüder den Weg, den ihnen ihre Stolper Freunde empfehlen, so werden sie sich bald ebenso wie diese Wölfe laufen und die Kackel zerfressen. Den Stolper Unternehmern und auch ihren anderen Kollegen im Reich sei aber bei dieser Gelegenheit einmal so ganz beifällig gesagt, daß es einen recht komischen Eindruck macht, wenn sie sich in ihren Erwartungen als "echte deutsche Staatsbürger" ausbrüllen und bei demselben Sage beweisen, daß sie von den allerinfachsten Regeln der deutschen Sprache keine blasse Ahnung haben. Ob die Junker der Stolper Gegend diesem Aufrufe Folge leisten werden, steht noch dahin. Der Vorstoß des konservativen Vereins; B. Bandemer auf den Weg, hat seine Mitglieder zwar darum gebeten, bisher hat man aber noch nichts von einer Wirkung gemerkt, die der Erwähnung wert wäre. Ob man sich über diesen konservativen approbieren Terrorismus wohl auch aufregen wird?

In Cammin sind die Unternehmer noch immer auf der Suche nach Arbeitskräften. Aus Langeweile versuchen sich einige als Waidenagelotter für ihre Sache; aber so sehr dies auch im Anfang zog, es wird den Spiegeleis über. Ebenso machten sie die Bauherren gaulisch, die von solchen Unternehmern arbeiten lassen, die den Lohn bewilligen und Camminer einstellen. Die "Mauerpfeifen" vom "Allmütz" usw. ziehen jedoch bei den Bauern, in deren Interesse eine schnelle Herstellung liegt, auch nicht mehr. So sind die Unternehmer überall mit ihrem Latein am Ende. In Weitzel Garh a. d. V. steht der Streik auf. Die Arbeit drängt, und die Bauherren, meist Gutbesitzer und Bauern und selbstverständlich tapfere Anhänger des Bundes der Randwirte, versuchen, ihre Arbeiten anderen Unternehmern aufzugeben. Geglückt ist es in einem Falle, doch gehen auch dort die Maurer weg.

Die sieben Unternehmer in Gr. Ziegenort waren bei der guten Konjunktur vernünftig genug, die geforderten 5 3 zuzuliegen und einen Vertrag abzuschließen. Die erreichten 40 3 pro Stunde sind einem großen Teil der Kollegen, sozusagen im Schlaf geschenkt worden. Nur durch eine bodenlose Gleichgültigkeit ist es möglich, daß noch zehn Inorganisierte den Bezirk verunzieren und daß kaum ein Sozial zur Verfügung steht.

In Neubrandenburg brennt es, trotz der Hilfe der Ausländer, den Unternehmern auf den Nägeln. Sie wollen den Unternehmern, die bewilligten und nicht aussperrten, ihre Arbeiten ausgeben. Die Bauherren schimpfen auf die Maurer, weil diese nicht so einfüßig sind, in solche Fällen zu gehen. Sonst sieht alles für uns günstig. Der Unternehmer Rabe in Pöllitz hat in diesem Jahre weniger Glück. Er hilft sich wohl mit seinen Getreuen und den Lehrlingen durch, mußte diesen jedoch ebenfalls Zulagen gewähren.

Die Kollegen in Stargard i. Mecklenb. haben von der Bewegung in Neubrandenburg profitiert, ihnen wurde der Lohn von 34 auf 37 3 erhöht. Bei 11 Stunden blieb es noch, doch besteht bei dem jetzt herrschenden Geist unter den Kollegen die Aussicht, sehr bald den Gehaltsstand zu erringen.

In Richtenberg kam es am 2. Juni nochmals zu Verhandlungen. Es wurde so viel erreicht, daß schon vom 1. Juli an 40 3 für Arbeit in der Stadt und 43 3 auf dem Lande gezahlt werden. Außerdem ist die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt worden. Dies ist vertraglich festgelegt worden, nachdem die Versammlung ihre Zustimmung dazu gegeben hatte.

In Woldeberg sind die Kollegen der Zahl nach gut organisiert, und dennoch liegen sie sich den Lohn von 34 auf 32 3 fügen. Offenheit werden sie bald etwas energischer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Verbandsratswahl. In der am Freitag, 7. Juni, stattgehabten Generalversammlung des Zweigvereins Berlin sind folgende Kollegen zu Mitgliedern des Verbandsrats gewählt worden: Aug. Daehne, Wilh. Schulz, Karl Stegemann, Aug. Vogel, Paul Sehne, Aug. Ellinger, Fritz Mulda, Wilhelm Brumm, Markus Kracht, Max Anton, Richard Krull.

Der Ausschuss hat zu seinem Vorsitzenden den Kollegen Aug. Daehne und zum Schriftführer den Kollegen Fritz Mulda gewählt.

Alle für den Verbandsratswahl bestimmten Beschlüsse, Anfragen und sonstigen Zusendungen sind an den Vorsitzenden Aug. Daehne, Berlin N 58, Hühnerstr. 13 b. 2. Et., zu richten. J. Auster: A. Daehne.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
 - b) die Sterbeurkunde.
- Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterzahlung ausbezahlt ist.
- Unterstützungs-Anmeldungen wurden in der Zeit vom 3. bis 8. Juni für folgende Mitglieder erteilt:
- Georg Zif-Frankfurt a. M., Verh.-Nr. 20 148; Hermann Kuschel-Bernau (Frau), 53 416; Otto Kleinbus-Karlstraße, 218 268; Phil. Martin-Karlstraße, 286 261; Bruno Scholz-Wunzlau, 57 440; Fern. Origies-Begeled, 105 509; Wilh.

Schulz-Berlin (Frau), 7397; Aug. Meyer-Garburg, 70 772; Joh. Hügel-Cöln, 60 805; Friedr. Weder-Dresden (Frau), 161 955; Paul Schlapp-Stuttgart, 46 933; Franz Wöhrer-Karlstraße, 150 642; Gottfr. Herrmann-Lüßlig, 86 150; Max Herrmann-Dresden (Frau), 182 975; Wilh. Köpfe-Mosk, 161 364; M. Helm-Frankfurt a. M., 186 442; W. Schumacher-Strasbourg i. Elz., 132 399; K. Fortmann-Geyer, 381 154; Ab. Mengel-Soraar, 247 716; W. Matheß-Mainz, (268 728), G. Beeremann-Vielefeld, 58 280; Aug. Schulze-Gommern, 72 599; Karl Mollenhauer-Magdeburg (Frau), 221 032; Joh. Adrenberg-Flensburg (Frau), 68 865; Gust. Wilschel-Gummersdorf (Frau), 62 537; Ed. Zabel-Friedberg, 279 564; Otto Kuhl-Gamburg (Frau), 27 173; Helm. Kohneier-Winden, 87 212; Emil Groth-Mosk, 97 539; Ernst Bergahn-Halle, 25 007; Th. Köhne-Gamburg, 29 015; Lorenz Müller-Michau, 88 694; Peter Schmitz-Göttingen; 189 067; Jacob Wagner-Heidelberg, 295 233; Aug. Lehmann-Guben (Frau), 75 414; Karl Kahlmann-Weißig, 86 790; Friedr. Sohr-Dueblin (Frau), 95 727; Mich. Bräufle-Bruchmühle (Frau), 57 023.

Geldsendungen für die Hauskasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Gamburg 1, Weisenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf den Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 4. bis 10. Juni 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Bermlsfriden M. 40, Weißig 25, Nebra 50,15, Neuburg a. d. S. 27, Cöln 200, Graudenz 800, Ender 643,72, Altenburg 600, von hiesigerandert Streifenunterstützung zurückgekauft 188,99, Seilström 512,44, Dueblinburg 400, Halberstadt 380, Elmshorn 350, Wurgkalt 350, Zittau 300, Dessau 300, Zossen 300, Neubrandenburg 200, Colmar i. Elz. 200, Nossen 178,75, Müßig 100, Wriegen 100, Seidewrump 100, Rangenfalza 100, Treuen 100, Greßmühlen 50, Ziminge 28,25, Langenstein 10, Mannheim 8000, Münden 1600, Gelsenfriden 800, Strasbourg i. Elz. 800, Sandau 500, Weg 500, Guben 300, Königshausen 200, Neudorf 200, Helsen 180, Sangerhausen 150, Herden a. d. N. 130, Götting 120, Sarfieb 100, Mainzburg 54,40, Hagenow 42, Gengenbach 80, Schönheide i. Erzg. 5, Barren 800, Plauen 800, Sölingen 400, Kaiserlautern 300, Nordenham 221,50, Hainrode 164, Brandis 100, Rahlfa 100, Warth i. P. (vom Streik zurückgekauft) 86,80, Torgau (vom Streik zurückgekauft) 13,79, Hannover 2000, Wromberg 500, Ronneburg 100, Detmold 100, Danzig 2000, Mainz 1600, Alsterleben 200, Osterburg 84,24, Rofla 41,08, Freiberg 32,66, Kiel 2000, Wielefeld 800, Göttingen 700, Beer (vom Streik zurückgekauft) 442,85, Stendal 400, Hamm 350, Baunzen 324, Birna 300, Neumünster 273,55, Alstedt 214,50, Witten 200, Götting 200, Neustädt. 200, Gedenheim 150, Fandenburg 150, Wittenerode 100, Walsheim 100, Frankenhäusen 100, Teterow 80, Reulalen (vom Streik zurückgekauft) 68,92, Sarup, 6,94.

Bericht über: In Nummer 22 des "Grundstein" muß es statt Jarze M. 100 heißen: Djetlau M. 100.

b) Für "Arbeit und Kultur".

Hannover 45 3.

c) "Christliche Geschichte der Arbeiterbewegung".

Lübeck, Hannover, Kusbad je M. 10.

d) Tarifverträge und Statistik.

Hannover, Nebra je M. 5.

e) Bericht der Bauarbeiterschkommission.

Hannover, Nebra, Kusbad je 70 3.

f) Für Futterale.

Guben M. 5, Helsen 5, Gengenbach 2,50, Schwarzenberg 5.

Marken-Verband. Vom 17. Mai bis 8. Juni sind

Marken verhandelt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitsloosmarken, K = Kooperationsmarken, L = Lokalfondsmarken):
Miersdorf -100 A à 25 3, Alt-Cosel 1000 B à 45, Wschaffenburg 1000 B à 45, Michau 400 B à 35, 50 A à 50, Alsterleben 20 E à 50, Altenburg 10 E à 150, Alstedt 50 A à 25, Wpoba 400 B à 40, Wgim 600 B à 75, Alt-Wahlfeld 1000 B à 70,
Borna 1200 B à 45 3, 10 E à 150, Berlin 100 000 B à 75, Wielefeld 800 B à 40, Witterfeld 600 B à 40, 4000 B à 45, Burg 5, Magdeburg 1200 B à 40, 400 B à 35, 200 B à 30, 600 K à 10, 10 E à 50, Wunzlau 1200 B à 45, 600 B à 40, Wromsbüttel 400 B à 60, 200 B à 45, 5 E à 150, 5 E à 300, Wromshaupten 600 B à 40, 100 L à 20, 10 E à 50, Wrimtum 400 B à 70, Wreandenburg 10 E à 150, Wurgkalt 400 B à 45, Worsdorf 400 B à 45, Wrielen (Wranb) 200 E à 45, Wiere 200 B à 35, 200 B à 30, Wethau 4 E à 150, 100 A à 25, Wrieg 3000 B à 40, Wremen 4000 B à 80, Wreslau 20 000 B à 60, 100 E à 50, Wurgkalt 50 E à 50, Wiedebe 200 B à 30, Weelß 100 B à 45, 200 B à 50, Warmen 2000 B à 60, Wrand 5, Wänden 1000 B à 45, Wroizern 800 B à 40, Wrandis 1200 B à 45, Wriental 200 B à 50, 50 B à 55, 100 A à 25, Wergedorf 600 B à 60, 100 B à 65,
Guchpan 400 B à 50 3, Cöstin 2000 B à 40, Grotzen 1000 B à 35, 200 A à 25, Gennuth 5000 B à 50, 2000 L à 10, 400 E à 50, 200 E à 150, Coburg 1000 B à 35, Cappel 1000 B à 35, 1000 B à 40, 1000 B à 45, 2000 B à 50, Coblenz 1200 B à 40, 4000 B à 50,
Delmenhorst 1000 B à 75 3, 300 B à 70, Dessau 50 A à 25, Döben 600 B à 35, 10 E à 50, Deulich Gylau 800 B à 40, 200 A à 25, Dömitz 200 B à 35, 10 E à 50, Döfme 200 B à 30, 50 B à 50, Djetlau 800 B à 45, 150 B à 40, Delfisch 1000 B à 45, Drieten 800 B à 40, Droyßig 200 B à 35, 200 B à 40, 50 A à 25,
Emsleben 200 B à 45 3, Elmshorn 1200 B à 55, 5 E à 150, Eberswalde 1200 B à 55, Eibing 4000 B à 50, 500 L à 50, 500 A à 25, Eislöben 50 E à 50, 800 B à 40, Eichenau 400 B à 30, Esterwerda 60 A à 25,
Friedrichshagen 1200 B à 60 3, Fallenstein 2000 B à 35, 800 L à 5, Frankenberg (Gessen) 400 B à 35, Friche 600 B à 40, 200 A à 25, 10 E à 50, Forst 30 E à 50, 30 E à 150, Follenburg 100 A à 25, Freiling 1000 A à 40, 200 A à 25, 600 L à 10, Fritsha 600 B à 65, 50 A à 25, Freytag,

springe der Christlichen zurückzuführen. Bezüglich der
 Kollagefrage in den einzelnen Gebieten bleibt viel zu wünschen
 übrig; namentlich in der M.-Glabacher und Lachener
 Gegend, sowie am Oberstein und im Siegerland war es
 bisher nicht möglich, dauernd lokale für unsere Bewegung
 zu erhalten. Überall wurden sie uns, nachdem ein oder
 zwei Versammlungen statt hatten, durch die Polizei oder
 Geistlichkeit abgetrieben.

Ueber die Agitation unter den Italienern ist mitzu-
 teilen, daß diese in den Bezirken Elberfeld-Barmen, Belfert
 und in diesem Jahre auch in Wipperfurth ausgeführt
 wurde. Die Verständigung mit diesen Leuten ist sehr
 schwierig; es wäre zu empfehlen, daß auf die Erlernung
 der italienischen Sprache seitens unserer Organisation mehr
 Gewicht gelegt würde; denn dadurch ist es möglich, sich mit
 den Leuten zu verständigen und sie für unsere Ideen zu
 gewinnen. Auch bei den holländischen Kollegen muß in
 Zukunft mehr agitiert werden; denn auch dort haben wir
 mandamental unerwünschten Zugang zu erwarten. Das Zu-
 sammenarbeiten mit den verwandten Organisationen ist,
 soweit wir es sich um die Bauhilfsarbeiter handelt, gut,
 anders: ist es aber leider mit den Zimmerleuten; von jener
 Seite hat man das Land in Hand arbeiten sehr häufig be-
 merkt. Es wird Zeit, wollen wir uns nicht ganz fremd
 werden, daß in dieser Beziehung Wandel geschaffen wird.

Ueber den Bauarbeiterkongress ist zu berichten, daß es
 wohl gegen die früheren Jahre etwas besser in unserem
 Gau geworden ist. Dieses ist aber nicht auf den guten
 Willen der Unternehmer zurückzuführen, sondern auf das
 immer weitere Vordringen der gesamten Arbeiterbewegung
 auch auf diesem Gebiete. Nicht unserer Kollegen wird
 es auch in Zukunft sein, dafür zu sorgen, daß die Mit-
 glieder der Organisation unterbreitet werden; denn da-
 durch ist es uns möglich, sie zu befechtigen. Namentlich die
 Baulegitimierten müssen der Frage des Bauarbeiterkongresses
 mehr Aufmerksamkeit schenken.

In Bezug auf das Kassieren in den Zweigvereinen ist
 mitzuteilen, daß es dort, wo freigestellte Kollegen die Kas-
 sieren führen, gut ist, anders ist es aber in den übrigen
 Zweigvereinen; dort war die Hilfe des Gauvorstandes
 häufig nötig, und immer hat es dort auch nicht so gelaufen,
 wie es wohl hätte, was wohl darauf zurückzuführen ist,
 daß gerade in den kleineren Zweigvereinen ein steter
 Wechsel der leitenden Kollegen stattfindet. In vielen Fällen
 sind es persönliche Auseinandersetzungen der Kollegen unter
 sich. Was die Beitragszahlung anbelangt, so ist zu be-
 merken, daß überall ein Rückgang von 5-15 % ein-
 getreten ist. Der Markenumsatz hat sich ja im Laufe der
 letzten zwei Jahre wesentlich gehiebert. Bezüglich der
 christlichen Organisation ist zu erwähnen, daß diese nach
 wie vor *„verändert“*, der modernen Arbeiterbewegung
 Antipathie gegenüber die Wege zu werfen, indem sie bei jeder
 Gelegenheit politische und religiöse Fragen mit in den wirt-
 schaftlichen Kampf zieht. Es ist aber zu konstatieren, daß
 sie dadurch speziell auch in den ländlichen Gebieten oft-
 mals in Mitleidenschaft gezogen ist. Die Unternehmerorgani-
 sation hat auch Fortschritte gemacht und wird auch in Zu-
 kunft sich nach weiter entwickeln. Dieses müsse ein Vorposten
 für uns sein, für die Ausbreitung unserer Organisation
 Sorge zu tragen und für die Schulung unserer Mitglieder
 einzutreten.

Anschließend an den Bericht gab der Kollege Sturm den
 Kassierenbericht; er wies auch auf den gedruckt vorliegenden
 Kassierenbericht hin und erklärte, daß, wenn die Entwicklung so
 weiter ginge, in absehbarer Zeit der Gau keinen Zustuß
 aus der Hauptkassie mehr benötige. Pflicht der Zwei-
 gvereinsvorstände, namentlich der Kassierer, ist es, dafür zu
 sorgen, daß in Zukunft die Gaubeiträge richtig und pünkt-
 lich an den Gau abgeliefert werden. (Namentlich sind es
 größere Zweigvereine, die ihren Verpflichtungen dem Gau
 gegenüber nicht nachkommen sind. Der Kassierer hat.)
 Die Zweigvereine, die ihren Verpflichtungen nicht nach-
 gekommen sind, werden auf der Konferenz bekanntgegeben.
 Wegen dem die Kollegen, namentlich auch die Delegierten,
 dafür Sorge tragen, daß die Zweigvereine den Verpflich-
 tungen der Hauptkassie gegenüber in Zukunft besser Rechnung
 tragen.

Die Mandatsprüfungskommission erstattete nunmehr
 Bericht. Der Kollege Lindemann führte an, daß 36 Dele-
 gierte amtiert sind. Nicht betreten sind die Zweigvereine
 Wermelskirchen und Siegen. Der Gauvorstand ist vollständig
 zur Stelle. Der Kollege West-Göden, bisher Gauvorstand,
 ist nicht amtiert, in dem zugleich Delegierter seines Zweig-
 vereins sind außerdem amtiert, als Vertreter des Verband-
 svorstandes der Kollege Wömelburg und vom Gau Dortmund
 der Kollege Stahl; von den Bauhilfsarbeitern ist der Kollege
 Ahrens aus Düsseldorf als Kass. amtiert.

In der Nachmittagsitzung meinte Kaiser-Elberfeld, daß
 der Kassierer der Zweigvereine einfach Maßnahmen zu-
 fassen sollte; wäre dieses geschehen, so wüßte Elberfeld
 heute nicht mehr. Im übrigen ist er mit der Tätigkeit des
 Gauvorstandes einverstanden. Weyer-Göden ist wohl auch
 mit der Tätigkeit des Gauvorstandes im großen und ganzen
 einverstanden, bemerkt aber, daß sich ein gewisser Bureau-
 kratismus eingebürgert habe; auch sei es dargekommen,
 daß Hilfen mit Referenten nicht versorgt worden sei. Wagt-
 Erfeld ist der Ueberzeugung, daß dem Gauvorstand kein
 Bureaukratismus bevorzugen werden kann. Wömelburg
 Düsseldorf kritisierte das Verhalten der Zimmerleute
 unserer Organisation gegenüber und wünscht ein Um-
 änderung des Statutenvertrages.

Bezüglich der Agitation unter den holländischen Kollegen
 bemerkt Wömelburg, daß der Verbandsvorstand bisher schon
 aus eigener Initiative der Frage größere Aufmerksamkeit
 geschenkt habe; dieses würde auch in Zukunft geschehen.
 Wenn die holländischen Kollegen selber mit an der Auf-
 stellung der Agitation teilhaben und sich eine Organisation
 schaffen würden, so würde es ihnen an der Unterhaltung
 des Verbandes nicht fehlen. Wenn in Bezug auf die Agitation
 unter den Italienern der Wunsch geäußert wurde, auch
 dort noch mehr als bisher aufzuführen zu werden, so sei das
 freizügig zu begreifen; aber es könne nicht vom Verband ver-
 langt werden, daß er Kollegen nach Italien schicke, um dort
 die Sprache und die Bewegung zu studieren. Der Verbands-
 vorstand würde sich wohl dazu bereit erklären, Kollegen zu
 unterstützen, sofern sie Interesse und die Befähigung zur
 Erlernung der Sprache hätten; aber alles müsse seine
 Grenzen haben.

Kollege Math ging in seinem Schlusswort kurz noch auf
 verschiedene Ausführungen hin und stellte einzelne irrtüm-
 liche Auffassungen richtig. Auf Antrag des Kassiers, Kollegen
 Gubernan wurde dem gesamten Gauvorstand einstimmig
 Entlastung erteilt.

Zum zweiten Punkt: „Kassier bei Lohnbewegungen“,
 gab Kollege Wömelburg in seinem Referat einige praktische
 Fingerzeige.

Zum dritten Punkt: „Agitation“, referierte Kollege
 Math. Er betonte auf die in der Arbeiterbewegung zu
 ersichtende Kleinarbeit; vornehmlich sei die Gau- und
 Bauagitation vor Vorteil für den Verband gesehen. Diese
 Agitation müsse noch lebhafter ausgeführt werden.
 Auch das Baulegitimiertenwesen trägt für die Befreiung
 des Verbandes wesentlich bei. Kollege König-Göden
 (Pfeifenleger) befürwortete die Agitation am Oberstein
 und bemerkte, daß auch dort noch Neben für uns vorhanden
 sei, auch fragt er an, wann die Konferenz der Spezial-
 vereine stattfinden werde. Kollege Wömelburg erwiderte,
 daß die Konferenz der Pfeifenleger im Laufe dieses Jahres
 stattfinden würde; auch für die übrigen Sektionen seien
 Konferenzen vorgesehen.

Ein Antrag von Reuß (eine Baufirma des Zweigvereins
 Düsseldorf), der besagt, daß Reuß zum selbständigen Zwei-
 gverein umgewandelt werden soll, wurde dem Gauvorstand
 zur weiteren Ermägung überlassen. Ein Antrag des
 Kollegen Silber-Düsseldorf, die Baulegitimierten, wie früher,
 im Herbst abzuwählen, soll berücksichtigt werden. Ein
 weiterer Antrag, betreffend die Speien der Delegierten für
 die Konferenz, wird durch die Umänderung des Statuten-
 vertrages erledigt. Ein Antrag, der die Zahl der Dele-
 gierten entsprechend den Sektionen auf der Konferenz
 geregelt wissen will, wird ebenfalls durch die Umänderung
 des Statutenvertrages erledigt. Es wurde ferner noch der
 Antrag gestellt, dem Kassierer ein Mandatgeb von 50
 pro Jahr zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen.
 Ein Antrag, auch den bisherigen Kassierer ein Mandatgeb
 von 50 zu bewilligen, fand gleichfalls einstimmige An-
 nahme.

Es folgte nunmehr die Wahl des Gauvorstandes. Als
 Vorsitzender wurde der Kollege Math einstimmig wieder-
 gewählt; als Kassierer wurde der Kollege Sturm ebenfalls
 wiedergewählt. Als Vizepräsident wurden die Kollegen Walter,
 König und Reichmann gewählt. Zu Messieren wurden die
 Kollegen Gubernan, Wögel und Ahne gewählt.
 Mit den Wahlen hatte die Konferenz ihre Erledigung
 gefunden; sie wurde mit einem dreifachen Ged auf die
 Organisation geschlossen.

Gau Dortmund. (Konferenzbericht.) Am 20. Ma-
 itage im großen Saale der „Barujin“ zu Essen a. d. Ruhr
 fand die Konferenz des Gau Dortmund. Kollege Wömelburg
 hielt die Delegierten und Gäste im Namen des Zweigvereins
 Essen herzlich willkommen. Eine Schilderung der örtlichen
 Organisationsverhältnisse und der am Orte geführten
 Kampfe hing in einem hoch auf unseren Verband aus.
 Der Arbeiterkongress Essen trug darauf den „Freiheits-
 kampf“ des Mannmann sehr schön vor. Der Gauvorstand
 dankte herzlich für den 12½ Uhr mit einem Ged auf die
 Konferenz. Er sprach den Wunsch aus, die Konferenz möge
 zur weiteren guten Entwicklung der Organisation beitragen.
 Nach der Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgte die Wahl
 des Bureau und der Mandatsprüfungskommission. In das
 Bureau wurde Kollege Stahl als erster, Wömelburg-Gerne als
 zweiter Vorsitzender und Gumbold-Gelsenkirchen als Schrift-
 führer gewählt. Darauf trat man in die Tagesordnung
 ein. Im Punkt 1, „Bericht des Vorstandes“, berichtete zuerst
 Kollege Stahl. Er sprach die in diesem Jahre ablaufende
 Konjunktur und erwahnt die größere Berücksichtigung des
 Arbeitsnachweises. Die Lohnbewegungen in beiden Jahren
 ergaben, daß sie über 400 Orte dem Vertrag angefallen
 sind. In einigen anderen Orten sind besondere Tarif-
 verträge abgeschlossen. Für die Pfeifenleger ist im vorigen
 Jahre ein Vertrag abgeschlossen, der für das ganze Gebiet,
 mit Ausnahme von Dortmund, Gültigkeit hat. Nur Ober-
 stein, das mitten im Vertragsgebiet liegt, steht außerhalb
 aller Verträge. Die Gründe hierfür sind verschiedenartig.
 Auch in einigen Fabriken und Betrieben konnte dank der
 Organisation eine Verbesserung der Lohn- und Arbeits-
 bedingungen herbeigeführt werden. Zeitweise wurde dies
 wegen nach Sachmännern an der Bundesleitung des
 allgemeinen gewerkschaftlichen Arbeiterverbandes berichtet. Die
 Tätigkeit vieler Sachmännernkommissionen genügt durchaus
 nicht. Für die Innehaltung der Verträge müßte viel mehr
 Sorge getragen werden. Sodann sei der innere Ausbau
 der Organisation wichtiger zu pflegen, wobei besonders auf
 Befreiung des persönlichen Habitus Bedacht genommen
 werden müsse. An dessen Stelle sollte man beherrschende
 Vorträge in den Mitgliederversammlungen halten lassen, wozu
 vom Gau Referenten zur Verfügung ständen. Auch auf
 den Ausbau des Baulegitimiertenwesens und die Förderung
 des Bauarbeiterkongresses wies er hin und gab zum Schluss
 eine Uebersicht über die Mitgliederbewegung, den Marken-
 verkauf und die Korrespondenz. Darauf erläuterte Kollege
 Pfaffenberg den Kassierenbericht. Die Hauptkassie hatte am
 Schluss des ersten Quartals 1907 einen Kassenbestand von
 1.900. Einige Orte sind immer noch mit ihren Beiträgen
 rückständig. Andere Zweigvereine geben ihre Mitglieder-
 zahlen nach der vertraulichen Marken an, um dadurch die
 den Gaubeiträgen zu sparen. Das sei nicht zulässig. Bei
 den Gebührenden sollen genauere Angaben gemacht
 werden, für was das Geld bestimmt ist, andererseits sollten die
 Rechnungen der Referenten ausführlicher aufgestellt werden.
 Kollege West-Göden betonte die Wichtigkeit der Ab-
 rechnung und beantragte Entlastung. In der Diskussion
 beachteten sich die im Kassierenbericht getadelten Zweigvereine
 zu rechtfertigen. Im allgemeinen war man mit der Tätig-
 keit des Vorstandes einverstanden. Kollege Wömelburg
 machte einige Ausführungen zu der stilligen Frage der
 Gau- und Verbandsbeiträge. Alle die Mitglieder, die am
 Schluss eines Quartals weniger als neun Wochen mit ihren
 Beiträgen rückständig sind, seien als Mitglieder zu be-
 trachten, und demgemäß sei für sie der Gaubeitrag zu ent-
 richten. Darauf wurde dem Vorstande Entlastung erteilt.
 Kollege Wömelburg als zweiter Punkt: „Agita-
 tion“, wies auf den noch vorhandenen Indifferentismus im
 hiesigen Gebiet hin. Die alte Begeisterung zur Agitation,
 wie sie früher befehle, sei anscheinend geschwunden.

Dringend notwendig sei es, die Fabrik- und Besenmaurer-
 der Organisation auszuführen. Ferner müsse auf die vielen
 Italiener im Gebiet und auf die in den Spezialbetrieben
 beschäftigten Indifferenten mehr acht gegeben werden. An
 der Hand von Beispielen zeigte er, wie es möglich sei, diese
 für die Organisation zu gewinnen. Auf die Befreiung
 der Sektionen müsse immer hingewirkt werden. Die
 nächsten Kämpfe würden durch das Schreiben der Schar-
 mader vorausichtlich sehr schwer werden, um so mehr sei
 es notwendig, alle Kollegen zur Mitarbeit an dem Ausbau
 der Organisation heranzuziehen, um dadurch allen An-
 scheinungen entgegen zu treten. Sämtliche Disziplinaredekte
 sprachen im Sinne des Referenten und wünschten vom Gau
 und Hauptvorstand mehr Unterstützung bei der Agitation
 unter den Italienern und Spezialarbeitern. Kollege Wömel-
 burg erwiderte die Schwierigkeiten der gewöhnlichen Maß-
 nahmen bezüglich der Italiener, stellte aber das Verbesse-
 rungen in dieser Frage in Aussicht. Zwei hierzu gestellte
 Anträge fanden dadurch ihre Erledigung. Nach einem kurzen
 Schlusswort des Referenten schritt man zum dritten Punkt:
 „Lohnbewegungen und die Kassier der Unternehmer“. Referent
 war Kollege Wömelburg. Die Zahl der gegen-
 wärtigen Lohnbewegungen sei sehr groß, wenn es sich auch
 meistens um kleinere Bewegungen handle. Alle diese
 Kämpfe würden an Bedeutung überwiegen vor der Ber-
 liner Bewegung. Man dürfe ihren Anfang jedoch nicht
 nach den Berichten der hiesigen Presse schätzen, diese
 seien fast übertrieben. Da die Bewegung jetzt in ein
 neues Stadium eingetreten ist, so ist es nicht nötig, die
 weiteren Ausführungen Wömelburgs darüber wiederzugeben.
 Wömelburg ist der Meinung, daß man in Unternehmer-
 freies Wesen am Reichsamt gefunden hat, und daß man
 befehle, sie, ihn auch im Baugewerbe einzuführen. Es sei
 nicht angebracht, unsere Stellungnahme dazu heute schon zu
 erörtern. In der Diskussion sprach Kollege Stahl die
 Wünsche der leitenden Kassierer des Arbeiterverbandes im
 hiesigen Gebiet. Man habe von ihnen nichts Gutes zu
 erwarten, bei der Zusammenkunft in Wiesbaden seien sie
 die treibenden Kräfte gewesen. Die kommenden Bewegungen
 im Industriegebiet werden von dem Geiste dieser Leute be-
 einflusst werden. Eine weitere Diskussion wurde nicht
 befehle. Der Punkt 4 betraf die eingegangenen Anträge.
 Angenommen wurde ein Antrag des Gauvorstandes, der
 die Einleitung der Zweigvereine zu Wahlberechtigung bei
 den Delegiertenwahlen betrieft. Ein von mehreren Dele-
 gierten gestellter Antrag, in allen Zweigvereinen einen
 Sozialklub von 10 zu ergeben, fand in der Weise seine
 Erledigung, daß dies allen Zweigvereinen empfohlen werden
 soll. Auf Grund einer Umfrage in den Zweigvereinen nach
 der Entschädigung der Referenten, erwiderte Kollege Stahl,
 daß diese in der Art und Höhe verschiedenartig sei, und
 empfahl, die Entschädigungen proportional dem verlaufenen
 Marken zu bemessen, aber den Prozentsatz 3 nicht über-
 steigen zu lassen. Die Konferenz schloß sich diesen Wunsch
 an. Als fünfter Punkt standen die erhaltene Tages-
 ordnung. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Re-
 sultat: Erster Vorsitzender: Stahl, erster Kassierer: Wömel-
 burg, Vizepräsident: Wömelburg-Gerne, Gumbold-Gelsenkirchen und
 West-Göden. Nach Erledigung einiger geschäftlicher An-
 gelegenheiten und einem ansehnlichen Schlusswort schloß
 Kollege Stahl mit einem Ged auf den Zentralverband der
 Maurer Deutschlands gegen 7½ Uhr die Konferenz.

Die Ehrener Kollegen hatten nach Schluss der Konferenz
 einen Festkollegen arrangiert, der sich eines guten Wines
 zu erfreuen hatte. Kollege Wömelburg hielt die Festrede.
 Der Arbeiterkongress Essen und einige andere Genossen
 beehrten die Anwesenden mit dem Vortrage einiger Vieder-
 und humoristischer Vorträge. So war es den Delegierten
 vergönnt, noch einige vergnügliche Stunden nach gut voll-
 brachter Arbeit zusammen zu sein. An dieser Stelle sei der
 Ehrener Kollegen für die freundliche Aufnahme nochmals
 gedankt.

**Essen a. d. R. Wie die Mitglieder des „Arbeiterge-
 verbandes“ für das Baugewerbe im Industriegebiet den
 bestehenden Vertrag halten, davon können die Maurer ein
 Liedchen singen. Nach außen hin gebenden, sich die Herren,
 als hätten sie Freu und Glauben in Ehrpacht genommen,
 bei sich befehle sich jedoch alles eitel Trug. So gibt die
 „Deutsche Arbeiterzeitung“ mit behaglicher Dreie jeden
 einzelnen Fall wieder, wo sich nach ihrem Ermeßen Ar-
 beiter über die Vertragsbestimmungen hinweggesetzt haben
 sollen. Nach demselben Rezept verfährt die „Athen-Werke“,
 „Arbeiterzeitung“ für das Industriegebiet. Fast in jeder
 ihrer Nummern werden die Bundesmitglieder aufgefor-
 dert, alle Verträge gegen den Vertrag zur Kenntnis der
 Bundesleitung zu bringen. Der Zweck ist offensichtlich.
 Es soll Material gegen die Arbeiterorganisationen zu-
 sammengetragen werden, um auf diese Weise eine Sand-
 habe gegen einen neuen Vertragsabschluss zu haben. Schon
 lange war den Schmarjadern im Baugewerbe der bestehende
 Vertrag ein Hindernis für ihre „äußeren“ Pläne. Da
 sie sich aber nicht auf offiziell über den bestehenden
 Vertrag hinwegsetzen können, möge der einzelne da, wo
 er nur möglich kann. Dies mußte auch der Schreiber die-
 ses, bei seiner Eigenschaft als Mann der Maurer
 deren Interessen zu vertreten hat, verschiedentlich erfahren.
 Den Anlaß, sich an wenigen mit den veränderten Zeit-
 verhältnissen abzugeben, können die Unternehmer von
 W. H. Bauer, St. P. Berg und Kraß für sich
 in Anspruch nehmen. Damit soll durchaus nicht gesagt
 sein, daß es in den übrigen Orten dieses Vertragsgebietes
 besser aussehe. An Beweismaterial nach dieser Richtung
 hin fehlt es wahrlich nicht. Wollten wir einmal unsere
 Sammelmappe zur Hand nehmen, so würden die am
 schlechtesten fahren, die bis jetzt am lauesten aber uns
 befehalten sind. Doch dazu wird sich noch Gelegenheit
 bieten. Für heute sei nur folgendes der Offenlichkeit
 übergeben: Seit geraumer Zeit versuchen diejenigen Unter-
 nehmer, die sich mit der selbständigen Arbeit nicht be-
 freunden können, Ausländer und zwar mit Vorliebe
 Italiener, heranzuziehen, die über die vertraglich fest-
 gesetzte Zeit zu arbeiten gewillt sind. Diese Leute werden
 unter der Bedingung angeheilt, daß sie elf Stunden ar-
 beiten. Erheben die organisierten Maurer gegen ein solches
 Verhalten Einspruch, dann heißt es: „Die Arbeiter wollen
 nicht anders.“ Mit dieser Ausrede sucht sich auch immer**

der Unternehmer Steder zu helfen, der ein alter Bekannter der Schlichtungskommission Stolpenberg ist. Um sein Ziel zu erreichen, kann dieser Vertreter von Anfang an und während der Verhandlung persönlich werden; doch das nur nebenbei. Am 7. Mai tagte die Schlichtungskommission, um einige Beschwerden gegen die Firmen Steder & Vogel, Schiefer & Lölle, Laubrod usw. zu erledigen. Bei den genannten Firmen wurde wieder die Arbeitszeit, die laut Vertrag zehn Stunden betragen soll, nicht eingehalten. Während die Vertreter der Arbeiter unter Berufung auf den Vertrag die strikte Durchführung der zehnstündigen Arbeitszeit verlangten, versuchten die Unternehmer, dieselbe zu umgehen. Als die alten Mägden mühen herhalten, die wir schon so und so vielen Male gehört hatten. Zuletzt kam aber doch ein Beschluß zu Stande, wonach auch für die Bürgermeisterei Stolpenberg der zehntägige Tag maßgebend ist. Auf Antrag der Arbeitervertreter wurde beschlossen, diesen Beschluß durch den Obmann der Schlichtungskommission den übrigen Unternehmern mitzuteilen. Inwiefern dem Rechnung getragen ist, erntet sich unserer Kenntnis. Best steht aber, daß die Herren Schiefer und Steder am Tage nach der Sitzung ihren Arbeitern den Beschluß der Sitzung mit den Worten zur Kenntnis brachten: „Laut Beschluß der Schlichtungskommission darf nur noch zehn Stunden gearbeitet werden, wenn trotzdem länger gearbeitet wird, können wir nichts daran ändern.“ So sieht die Vertragsstreue der Unternehmer aus, wenn es heißt, Beschlüsse der Schlichtungskommission zu ignorieren! Dabei muß noch ausdrücklich bemerkt werden, daß Ausnahmsbestimmungen des Vertrages mit Bezug auf die Arbeitszeit für Notthätigen nicht maßgebend sind. Die Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer sind in dem Bezirke der Kommission Stolpenberg mindestens zu 85 bis 90 pzt. organisiert. Der Vertrag läßt Ausnahmen zu, wenn die Zahl der auf sämtlichen Bauten beschäftigten unorganisierten Arbeiter nur zwei Drittel der Gesamtzahl der Arbeiter beträgt. Weil nun die Vertreter der Arbeiter einer Anregung des Vorsitzenden, der seinen Kollegen unter allen Umständen helfen wollte, nicht das gewünschte Verständnis in der fraglichen Sitzung entgegenbrachten, soll sich nun das Einigungsamt mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Der § 3 des Vertrages, der von den Übernehmern handelt, läßt auf Grund eines Beschlusses des Einigungsamtes zu, daß freiwillig und unter beiderseitigem Einverständnis in geeigneten Ausnahmefällen gegen verlängerte Arbeitszeit nichts einzuwenden ist. Dieser Passus sollte nur herhalten, um eine längere Arbeitszeit „nur für eine Baustelle“ des Herrn Steder zu ermöglichen. Der Ausnahmefall sollte dadurch gegeben sein, daß die auf dieser Baustelle beschäftigten Italiener elf Stunden arbeiten wollten, und wenn diese Leute fortgingen, wegen des herrschenden Logismangetels Ersatz nicht beschafft werden könnte. Letzteres trifft nun nicht zu, Logis sind schon zu haben, aber Herr Steder will seinen Kollegen zeigen, was für ein tüchtiger Mann er ist, daß er den Organisationen ein Schnippchen schlagen kann. Daß es Herr Steder auch durchaus nur darum zu tun ist, und daß gerade er, trotz seines Ableugnens sehr für die gute, alte Zeit schwärmt, wo noch elf, zwölf Stunden und länger gearbeitet wurde, beweist seine obige Erklärung, aber auch vor allem der Umstand, daß er einen Maurer, der nur zehn Stunden arbeitete, einfach entlassen hat. Der Polier hat auf die von uns in dieser Angelegenheit an ihn gerichtete Frage dies offen zugegeben. Mit einer solchen Handhabung des Vertrages sind wir allerdings nicht einverstanden, und wir sind wirklich neugierig, welche Stellung das Einigungsamt, das sich mit dieser Sache nun weiter befassen muß, einnehmen wird. Ein ähnlicher Fall ist von Essen zu berichten. Hier ist es die Firma Wodring & Fischer, die der Ruhm ihres Kollegen Steder nicht schenken läßt. Hier müssen auch unorganisierte und Ausländer die Herausreißer spielen. Die von uns beantragte Sitzung der Schlichtungskommission wurde von Herrn Fischer einberufen, als aber die Stunde der Sitzung gekommen war, fehlten sowohl Herr Fischer wie die übrigen Unternehmer. Als einziger Vertreter der letzteren war Herr Diehl erschienen. Ohne etwas erreicht zu haben, mußten die Arbeitervertreter wieder abziehen. Auch dieser Fall ist dem Einigungsamt unterbreitet, den Arbeitern ist aber mit dieser Verschleppungspolitik, die nach unserer Überzeugung nicht ohne Abzicht geübt wird, sicherlich nicht gedient. Kein Wunder, daß unter solchen Verhältnissen die Zahl der Kollegen, die von einem Vertrag nichts wissen wollen, immer größer wird. Daß wird uns aber nicht abhalten, trotzdem den Vertrag, solange er besteht, einzuhalten. Die Unternehmer aber können es sich gelohnt lassen, daß das Sprichwort sich noch immer behauptet hat: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Darum nur weiter mit solchen Schikanen, zu unserem Nachteil fallen sie nicht aus.

Josef Kübbering.
Diese Darlegungen des Kollegen Kübbering berühren einen der wunderbarsten Punkte im Industriegebiet. Auch wir wissen aus verschiedenen Zuschriften, daß der Vertrag vielerorts nur auf dem Papier steht. Wir folgern daraus allerdings nicht, daß es nun mit dem Vertrage nichts sei, sondern finden darin nur den alten Erfahrungssatz bestätigt, daß selbst der beste Vertrag ohne großen Wert für die Gesamtheit ist, wenn nicht die große Masse der Arbeiter organisiert und aber auch von der Notwendigkeit überzeugt ist, die Durchführung des Vertrages mit allen Kräften und unter allen Umständen zu erzwingen. Das ist des Rubens Kern: selbst unter den organisierten Arbeitern des Industriegebietes ist die Überzeugung von dieser Notwendigkeit nur sehr mangelhaft verbreitet. Die meisten Verträge, deren sich die Unternehmer schuldig machen, wären unmöglich, wenn sie nicht in den organisierten Industriearbeitern zu verlässlichen Helfern fänden. Diese traurige Erscheinung wird wohl begreiflich, wenn man das Menschenmaterial im Industriegebiet kennt; wenn von ihrer energetischen Befähigung dürfen wir trotzdem nicht ablassen. Die Zweigvereine, in deren Gebieten diese Mängel nicht bestehen, werden sich darum bemühen müssen, das Interesse ihrer Mitglieder für den Vertrag immer mehr zu wecken. Daß wir hier keinen unbedachten Vorwurf erheben, wenn wir von der organisierten Industrie reden, beweist ein Brief, der uns dieser Tage zugeht,

von dem wir hier einige Partien wiedergeben wollen. Der Schreiber hat bei der Firma Ziegler in Wesel auf dem Krupp'schen Werk in Essen gearbeitet. Neben ihm wurden noch einige Deutsche und mehrere Italiener beschäftigt. Die Italiener waren recht willige Leute, weshalb sie auch in jeder Hinsicht bevorzugt wurden. Als man einmal des Profites wegen aussetzen mußte, konnten die Italiener weiterarbeiten. Als die Deutschen dagegen Einspruch erhoben, wurden sie zum größten Teil entlassen. Der betreffende Kollege meldete sich dann bei den Betonarbeiten, die dieselbe Firma ausführte, und wurde auch eingestellt. Hier wurde nun elf Stunden, vom Morgenrauen bis zur Abenddämmerung gearbeitet. Die Leute, die Ziegler aus Wesel mitgebracht hatte, waren meistens beherzter und erhielten trotzdem nur den Essen Lohn: 48 resp. 58 X, wovon sie in Essen Kost und Logis und in Wesel den Unterhalt ihrer Familie bestreiten mußten. Als sich ein Unfall ereignete, als einem Arbeiter ein Eimer auf den Kopf fiel, mußte er bis zum Schacht III der Zeche „Deutscher Kaiser“ laufen, um sich verbinden zu lassen, denn auf der Baustelle fehlte jede Gelegenheit und auch das Material dazu. Als unser Kollege dagegen protestierte, wurde auch er entlassen. Er fing nun bei einem anderen Polier derselben Firma an, wo er allein zwischen lauter polnischen Arbeitern stand. Hier wurde zuerst ebenfalls elf, nachher aber zwölf Stunden gearbeitet, und zwar von 6 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends. Die Veruche des Kollegen, die Polen für eine kürzere Arbeitszeit zu gewinnen, hatten keinen Erfolg, obwohl sie nach ihrer Angabe christlich organisiert waren. Später kamen dann neun Maurer aus Wörs hinzu, an die unser Kollege eine Stütze zu finden hoffte, zumal vier von ihnen christlich und fünf in unserem Verbandsorganisiert waren. Er hatte sich aber getäuscht. Der Polier sagte, ihm wäre es recht, wenn die Leute nur zehn Stunden arbeiten wollten. Aber diese „Auchorganisierten“ arbeiteten trotzdem länger, als der Tarif für Essen vorschreibt. Sie ließen sich auch ganz unmotiviert Abzüge gefallen. Als unser Gewerksmann sie beherzlich an ihre Pflichten erinnerte, ging ermer von der Garde zum Polier und forderte, daß der Mann entlassen würde, weil er sie aufwiegen wolle. Sie wollten sich keine Vorschriften von ihm machen lassen, wie lange zu arbeiten sei, auch vom Verband nicht, der gebe ihnen doch nichts. So waren die Ergebnisse dieses einen Kollegen, der sich für die Jangschaltung der vertraglichen Bestimmungen aufwarf. Nach jeder Angabe sollen bei der Firma Ziegler vorwiegend christlich organisierte Arbeiter beschäftigt sein, darum richtet er am Schluß seines Briefes die Mahnung an die christliche Organisation, nicht allein auf die Werbung von Mitgliedern zu setzen, sondern auch danach zu schauen, daß etwas Positives erreicht wird. Diese Mahnung ist aber nicht nur bei den Christlichen, sondern auch bei unseren sämtlichen Kollegen recht angebracht. Was nicht uns das beste Schwert, wenn wir es nicht gebrauchen wollen, und was nicht uns die beste Organisation, wenn wir die Macht, die uns durch sie gegeben wird, nicht ausüben? Wir wollen unseren dortigen leitenden Kollegen, von denen wir wissen, daß sie sich auf hartem Boden redlich abrackern, keinen Vorwurf machen, aber wir halten es für unsere Pflicht, die Gesamtheit der baugewerblichen Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nachdrücklich auf die bestehenden Mängel hinzuweisen und sie aufzufordern, Mann für Mann dafür einzutreten, daß diese beschwinden. Das ist nicht allein ein Erfordernis der Gerechtigkeit, sondern auch eine unumgänglich notwendige Arbeit für die Zukunft.

Im schwarzen Erdenviertel Vortropp ist es uns noch nicht gelungen, ein Lokal zu bekommen, wo wir alle uns angehenden Sachen erledigen können, weil — ja, weil es soviel unidatbare Geister gibt, die uns feindlich gegenübersehen. Deshalb veranstalteten unsere Kollegen Sonntag, den 2. Juni, einen Ausflug, an dem 50 Kollegen teilnahmen; wäre das Wetter nicht so schlecht gewesen, hätten sich noch mehr angeschlossen. Diese gemeinsamen Ausflüge sind notwendig, damit die Kollegen sich gegenseitig kennen lernen und der Zusammenschluß besser wird. Jetzt heißt es für die Kollegen, das Baudelegiertensystem so auszubauen, daß nichts mehr daran auszufallen ist, und das Hauswirtschaftswesen muß so klappen, daß man seine Freude daran haben kann. Wird so gearbeitet, werden wir auch ohne Lokal am Schluß des Jahres berichten können, daß Vortropp mit zu den besten Baustellen des Zweigvereins Essen gehört. Dazu gehört vor allen Dingen ein gutes Zusammenarbeiten mit den Bauhilfsarbeitern und ein kollegiales Verhalten unter den Kollegen selbst. Untertüchtig in jeder Weise den neugewählten Vorstand, die Baudelegierten und Hilfskassierer, dann werden wir bezichtigen können, daß Vortropp nicht die Hochburg der „Christen“ ist, wie diese immer angeben. Allen zu- und abreisenden Kollegen möchten wir empfehlen, sich beim Kassierer, Kollegen Albert Fischer, Sterkraderstraße 112, zu melden. Und nun, Kollegen, auf zur eifrigen Mitarbeit, zum weiteren Wähen und Gebahren der neuen, von Vorbesid abgewählten Baustelle!

Frankfurt a. d. O. Die Kollegen werden erfrucht, nur in den Lokalen Gewerkschaftshaus und „Eborado“ zu verkehren, da uns nur diese beiden Lokale zu Besammlungen zur Verfügung stehen. Ferner werden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß das Sommerergütigen am 22. Juni stattfindet und nicht am 15.

Gütlebese. Am 26. Mai tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Nachdem der Kassierer die Abrechnung vorgelesen hatte, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden war, kamen wir zu „Verschiedenes“. Hierzu verlas Kollege Wegner folgende Resolution: „Die am 26. Mai im Vereinshaus zu Gütlebese tagende Mitgliederversammlung des Zweigvereins Gütlebese ist mit den Beschlüssen der Berliner Vertreterversammlung betreffend Mai-Mitgliederunterstützung, auswärtiger Zweigvereinsmitglieder, die sich am 2. Mai in Berlin, am 3. und 4. Mai aber in ihrer Baustelle zur Kontrolle gemeldet hatten, nicht einverstanden. Die Mitglieder in Gütlebese fühlen sich als Berliner Maurer zurückgesetzt. Da sie denselben Beitrag gahlen, also dieselben Pflichten haben, verlangen sie auch ganz energig dieselben Rechte wie die in Berlin wohnenden Kollegen; sie erfruchten Berlin,

in Zukunft die auswärtigen Zweigvereinsmitglieder nicht so hiesmütterlich zu behandeln.“

Sagen. Mittwoch, den 29. Mai, fand eine Sitzung unseres Zweigvereins im „Volkshaus“ statt. Vertreten waren fast alle Baustellen. Es handelte sich um die Anstellung eines zweiten Kollegen während der Sommermonate. Kollege Freiberg wurde in diesem Frühjahr dazu gewählt, legte aber später, veranlaßt durch eine Gegenaktion mehrerer Kollegen, die da meinten, wir hätten keinen zweiten Angestellten nötig, seinen Posten nieder. Besondere Gründe gegen Freiberg konnten nicht vorgebracht werden. Nun beschäftigte sich am 5. Juni die Generalversammlung des Zweigvereins mit dieser Sache. Die Versammlung erkannte an, daß ein zweiter Kollege für die Agitation notwendig sei. Kollege Freiberg lehnte ab, worauf Kollege W. Schärer gewählt wurde. Verschiedene hiesige Unternehmer halten bis jetzt den Tarif noch nicht ein. Wegen dieser Sache hatte sich der Erste Bürgermeister Kuno an Herrn Dr. Windfeld in Essen gewandt und um Aufklärung gebeten. Herr Windfeld teilte Herrn Kuno mit, daß die Unternehmer den Tarif einhalten müßten, worauf Herr Kuno die Tarifkräftigen zu einer Sitzung einlud. Hier hatte Herr Post erklärt, seine Leute wären schon 18 Jahre bei ihm beschäftigt und ließen sich nicht dazu bewegen, zehn Stunden zu arbeiten. (Herr Post ist Vorsitzender des Arbeiterverbandes. Sie wollen doch sonst so gern Herr im Hause sein; warum machen Sie denn in diesem Falle nicht ihre Autorität geltend, Herr Post? Red. d. Gsch.). Experten sind verhängt über Post, Koffe, Plate, Kramer, Schöne, Müll, Fischer, Hebling und Weste. Und dabei verlangen die Christen in dem Bericht der „Baugewerkschaft“ in Nr. 23 Zugang von christlichen Bauarbeitern. Das ist doch zu stark!

Köln. Die hiesigen Maurer hatten vor kurzer Zeit wieder eine Lohnforderung an die Meister gerichtet. Die Meister sind nun aber hier in einem Arbeiterverband organisiert. Deshalb sind eben auch in solchen Fragen nicht nur die Maurermeister kompetent, sondern auch die Zimmermeister nehmen an den Beratungen mit teil. Dieser wir einmal, was uns zugegangen ist: Innungsmeister-versammlung. Anwesend sind acht Meister; sie besaßen sich mit der Lohnfrage der hiesigen Maurer. Drei Meister waren für und fünf gegen die Lohnherhöhung. Die Herren Johannes Jede, Gahn und Hermann begründeten ihre Zustimmung mit der jetzt herrschenden Teuerung, aber die Herren Kätz und Graf stellten den Antrag, für dieses Jahr keinen Pfennig Zulage zu bewilligen, da der Lohn an sich schon so hoch wäre für die hiesige Stadt. — Nun wird für Maurer ganz genau, daß hier ein Eborado ist. Die Hauptsache wird aber sein, daß jeder Maurer, Zimmerer, und überhaupt jeder Arbeiter zur Organisation fällt, damit endlich mal andere Zeiten eintreten können.

Karlstraße. In Nr. 22 des „Grundstein“ lese ich unter „Forsheim“ einen Bericht über die Generalversammlung vom 22. Mai, über den ich mich etwas wundern muß. Nicht etwa darüber, daß die Forsheimer Kollegen, wie vorauszu-sagen war, die Frage der Verschmelzung der beiden Zweigvereine Karlstraße und Forsheim abgelehnt haben, sondern über die unberathenartige Behauptung der Forsheimer Kollegen, daß mit der Karlstrüber Verbandsleitung keine Einigkeit zu erzielen sei. Es wäre wirklich zu bedauern, wenn in Forsheim ein gewisses „Etwas“ Platz greifen würde. Ich bin der Meinung, daß man der Wahrheit auch in Forsheim die Ehre geben soll. In der Konferenz in Wöschbach am 9. Mai d. J. wurde, weil sich die Kollegen von den Baustellen Wöschbach und Sölingen, die in Forsheim arbeiteten, weiteten, den höheren, in Forsheim üblichen Beitrag zu zahlen, auf dieser Frage Stellung genommen. Im Prinzip handelte es sich auf dieser Konferenz hauptsächlich aber auch darum, zu prüfen, ob es für die Regelung der Beitragsfrage in erster Linie, und zweitens in Anbetracht der Ausdehnung des Zweigvereinsgebietes Forsheim nicht besser wäre, wenn die beiden Baustellen Wöschbach und Sölingen von Karlstraße losgelöst und dem Forsheimer Zweigverein angegliedert würden. Für diese Veränderung waren aber die Kollegen von Wöschbach und Sölingen, die in der Konferenz anwesend waren, durchaus nicht zu haben; auch ich will es hier an dieser Stelle ruhig aussprechen, daß ich von dieser Veränderung durchaus keinen Vorteil für die Organisationsbestrebungen erblicken kann. Weil man nun über letztere Frage nicht einig werden konnte, wurde einstimmig auf der Konferenz beschlossen, der Frage der Verschmelzung der beiden Zweigvereine Karlstraße und Forsheim in deren Generalversammlungen näherzutreten. Diese Verschmelzung ist nun in allen beiden Zweigvereinen abgelehnt worden. Ich bin nun der Ansicht, daß es die erste Aufgabe sein muß, die Frage der Beitragszahlung zu regeln, und hier betone ich ausdrücklich, wie ich es auch auf der Konferenz in Wöschbach getan habe, daß ich es unter allen Umständen verurteilen muß, wenn sich ein Kollege aus dem Zweigvereinsgebiet Karlstraße, der in Forsheim einen weit höheren Lohn verdient, von dem höheren Beitrag drücken will. Den Vertretern von Forsheim und Karlstraße, die auf der genannten Konferenz anwesend waren, sollte doch noch erinnerlich sein, daß ich dort ausdrücklich betont habe, „daß ich es als eine Pflicht für die Zweigvereinsleitung in Karlstraße erachte, dafür zu sorgen, daß die in Forsheim arbeitenden Kollegen endlich auch den höheren Beitrag bezahlen. Dies ist unsererseits in vollem Maße geschehen. In der Generalversammlung am 15. Mai d. J. wurde von mir hauptsächlich betont, daß sich die Kollegen, die aus unserem Zweigvereinsgebiet in Forsheim arbeiten, schämen müßten, weil sie in erster Linie den dortigen Beitrag nicht bezahlen, und zweitens, weil sie in der Durchführung des Baudelegiertensystems in Forsheim nicht die gleiche Energie wie in Karlstraße zeigten. Weußerst rätselhaft erscheint es mir deshalb, daß die Forszheimer Kollegen die Behauptung aufstellen können, mit uns in Karlstraße könne man sich nicht einigen, ohne daß von uns auch nur einmal eine Verständigung abgelehnt worden ist. Wüher habe ich noch nicht einmal gewußt, daß zwischen den beiden Forsheimern Uneinigkeit bestehen, mir scheint es gerade, als wenn es bei den Forszheimer Kollegen ein Bedürfnis wäre, hin und wieder, vielleicht im Jahre einmal, auf irgend jemandem Holz zu hauen. Um aber den Beweis zu erbringen, daß die Karlstrüber Zeitung ein sehr großes Interesse daran hat, die Beitrags-

frage in Wörsbach und Söllingen zu regeln, sei auf folgen-

den Brief beizulegen, den ich nach Worzheim schickte. Du fragst an, ob die 60 1/2 Markten direkt an die beiden Zählstellen (Wörsbach und Söllingen) oder an uns geschickt werden sollen. Ich bin der Meinung, daß wenn wir die Angelegenheit zu regeln wollen, daß wir keinen allzu großen Rechnungsbogen bekommen, es weit vorteilhafter ist, wenn wir uns die Marken direkt von Hamburg senden lassen und an Euch dann pro Marke 10 1/2 abliefern. Ich habe zu diesem Zweck bereits Marken à 60 1/2 bestellt. Damit Ihr aber nicht etwa denkt, wir wollten uns einen finanziellen Vorteil schaffen, sind wir sehr gern bereit, Euch zu jedem Quartal einen Abschluß der Abrechnung zu senden, damit Ihr Euch überzeugen könnt, welche Anzahl 60 1/2 Marken von uns verkauft worden sind.

Einer baldigen zustimmenden Antwort entgegen-

sehend, zeichnete ich.

Ich meine, dieser Brief beweist gerade das Gegenteil von dem, was die Fürzweimer Kollegen im „Grundstein“ geschrieben haben. Um aber auch hier einer weiteren Berücksichtigung vorzugeben, will ich bemerken, daß ich diesen Brief am 31. Mai, Morgens, geschrieben habe, während ich die fragliche Nummer des „Grundstein“ erst am 1. Juni, Morgens, in die Hand bekam. Falsch ist es also immer, gegen eine andere Zweigvereinsleitung Behauptungen aufzustellen, die nicht zutreffen, und noch schlimmer, wenn man glaubt, damit ein gutes Werk im Interesse der Organisation getan zu haben. Noch eine Frage: Ist denn die Zweigvereinsleitung in Karlsruhe daran schuld, wenn Kollegen, die in Worzheim arbeiten, sich von den höheren Beiträgen drücken möchten? Statt der Karlsruhe'igen Beiträge zu zahlen, wäre es besser gewesen, man hätte in Worzheim nach dem Karlsruhe'iger Muster das Waudelegiertensystem eingeführt, dann hätte man den Kollegen, die sich von dem höheren Beiträge drücken wollen, schon zu verstehen geben können, welche Pflichten sie der Organisation gegenüber zu erfüllen haben. Diesen Kollegen aber, die, trotzdem sie die vom Verband erlassenen Vorteile für sich in Anspruch nehmen, sich bisher von dem Beitrag von 60 1/2 gedrückt haben, möchte ich an dieser Stelle zurufen: Zahlt von nun an 60 1/2 Beitrag, zahlt ferner für soviel Wochen wie Ihr in Worzheim arbeitet. Euren Zuschlag von 10 1/2, dann könnt Ihr mit ruhigem Gewissen sagen, daß Ihr der Organisation gegenüber Euren Verpflichtungen nachgekommen seid. U g u s t P h i l i p p.

Uissa i. P. Am 4. Juni fand im Lokale des Herrn Matyschek unsere Monatsversammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Die Nachregelung des Kollegen Spidal. Der Kollege Spidal hatte während der Frühjahrs- und Wesperrpause auf dem Bau agitiert. Das hatte ein Kollege, der nicht organisiert war, dem Unternehmer hinterbracht, worauf dieser den Kollegen Spidal sofort mit verschiedenen Drohungen entließ. Wir sahen das als eine Nachregelung und zu gleicher Zeit als einen Vertragsbruch an. Es wurde einstimmig beschlossen, die Unternehmer in einem Schreiben aufzufordern, den Kollegen Spidal sofort wieder einzustellen, widrigenfalls wir andere Maßnahmen ergreifen würden. Innerhalb acht Tagen sollen sich die Unternehmer dazu äußern. Dann forderte Kollege Köster die festigen Kollegen auf, tüchtig die Agitation zu betreiben, damit, wenn sich die Sachen nicht regeln lassen, wir völlige Einmütigkeit unter den Kollegen haben. Von der Erhebung des schon früher einmal erwähnten Ertragsbeitrages wurde abgesehen. Auch über den von einigen Kollegen gewünschten Lokalzuschlag wurde kein Beschluß gefaßt. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf den deutschen Bauerverband geschlossen.

Wilhelmshaven. Am 28. Mai tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung brachte der Vorsitzende ein Schreiben vom Zweigverein Berlin, die dortige Aussperrung betreffend, zur Sprache. Er legte jedem Kollegen ein Fern, dafür zu sorgen, daß kein Arbeiter nach Berlin und Umgegend reife, dagegen darauf zu achten, Berliner Kollegen in Arbeit zu bringen. Beim zweiten Punkt: Lokalfrage, mußte ein anderes Lokal zur Abhaltung unserer Versammlungen bestimmt werden, weil durch den Postort über die Produkte der Firma Doornlaak (Alliengemeinschaft-Waarelei und Brenneret) in Norden unser Gewerkschaftshaus Friedrichshof verloren gegangen ist. Der Postort wurde im Oktober 1906 von den Gewerkschaftsstellern Emben, Norden und Wilhelmshaven verhandelt, weil die Firma Doornlaak in einem Wohnkämpfe mit den Bauern und Brennerarbeitern deren Organisation nicht anerkennen wollte. Das Gewerkschaftshaus Friedrichshof war Eigentum der Firma und wurde somit ebenfalls von dem Postort betroffen. Nachdem sieben Monate lang kein Tropfen Doornlaak'sches Getreid dartin konsumiert worden war, wurde das Lokal seitens der Firma am 15. Mai geschlossen. Beschlossen wurde, die Versammlungen umfänglich in Cabelfassers „Xivoli“ in Soppens und in der „Germaniahalle“ (W. Göring) in Bant abzuhalten. Des weiteren wurde vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß nach unserem neuen Statut vom 1. Juni dieses Jahres an eine Veränderung im Beitragswesen eintritt, weil die Feintheilung wegfällt und somit ein Stundenlohn als wöchentliche Beitrag zu zahlen ist. Da hier nun schon 60 1/2 Beitrag, einschließlich 5 1/2 Lokalzuschlag, erhoben wurde, handelt es sich darum, ob der Lokalzuschlag weiter beibehalten werden sollte. Nachdem vom Vorsitzenden der Notwendigkeit des Lokalzuschlages genügend begründet worden war, wurde mit Dreiviertel-Majorität beschlossen, wöchentlich 65 1/2 Beitrag, einschließlich 5 1/2 Lokalzuschlag, zu zahlen. Hierauf gab der Kollege O. Lange den Bericht von der letzten Kartelltagung. In seinen Ausführungen kam der Redner auch auf das Arbeitersekretariat zu sprechen, worüber sich eine lebhafteste Debatte entspann. Ein Kollege wollte hierbei gehört haben, daß Beschwerden gegen den Sekretär in der Luft herumzirkulierten. Der Kollege Brüggemann als Mitglied der Beschwerdekommission konstatierte, daß, so lange das Arbeitersekretariat bestünde, nur eine einzige Beschwerde eingelaufen sei. Es wurde herbeigehoben, daß es notwendig sei, die Leute, die hinter dem Rücken des Sekretärs und der Beschwerdekommission mit der Tätigkeit des Sekretärs nicht zufrieden sind, unbedingt an die Beschwerdekommission zu verweisen und die Ausfertigungen dazwischen, die dem nicht nachkommen, als

Verleumdung zu betrachten. Es müsse dem unbedingt auf den Grund gegangen werden, weil unser Sekretär nachweislich seinen Pflichten vollumfänglich nachkomme. Es liegt aber die Möglichkeit von Machinationen vor, weil hier noch ein nationales, reichsverbandliches Sekretariat besteht, und was wir von einem derartigen Institut zu halten haben, ist schon genügend beleuchtet worden.

Bezirkskrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 2. bis 8. Juni sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Neu-Ruppin M. 400, Danzig 300, Bantow 300, Stettin 400, Waisenheide 200, Dresden 200, Bahna 180, Bergedorf 100, Reichensachsen 100, Lüneburg 100, Hohenalza 30,10, Summa M. 2310,10. Zuschüsse erhielten: Kurier M. 400, Verma 260, Eberfeld 200, Rammersheim 200, Lindow i. d. M. 200, Mitten 100, Summa M. 1850.

Altona, den 8. Juni 1907.

Karl Reif, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“.

Protokoll der ordentlichen Generalversammlung am Sonntag, den 26. Mai 1907,

im Lokale des Herrn Kies, Altona, Hamburgstraße 6-8.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Ausschusses.
3. Abänderung der Satzung § 11 Ziff. 4 und § 14 Ziff. 1.
4. Wahlen:
 - a) des Vorstandes und dreier Ersatzmänner;
 - b) des Ausschusses und dreier Ersatzmänner.
5. Verschiedenes in Kasseeangelegenheiten.

Die ordentliche Generalversammlung wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Themar, Nachmittag 8 1/2 Uhr eröffnet.

Die im § 18 Ziff. 2 der Satzung benannten Personen waren anwesend, und zwar Themar, Vorhändler, und Reif, Kassierer, als Vertreter des Vorstandes, und Müllengrund als Vertreter des Ausschusses.

Punkt 1. Bericht des Vorstandes. Herr Themar erstattete den Geschäftsbericht für die Zeit von 1902 bis 1907, derselbe lautet folgendermaßen:

„Nachdem in der Generalversammlung am 5. Juni 1902 in der „Eibburg“-Altona über die Satzung der Sterbekasse Beratung und Beschlußfassung erfolgt war, verging ein Jahr, bevor die Verhandlungen über die Satzung mit dem Ausschussamt in Berlin zum Abschluß gelangten. Ueber diese Verhandlungen haben wir in der Generalversammlung in Berlin berichtet.“

In der Generalversammlung am 12. Juli 1903 in Berlin wurde der abgeordnete Satzungsentwurf durch Beschluß angenommen. Vom Kaiserl. Ausschussamt wurde in der Senatssitzung vom 8. August 1903 nach mündlicher Verhandlung folgende Entscheidung getroffen: „Die Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“ wird als kleiner Verein anerkannt und auf der Grundlage der in der Generalversammlung zu Berlin am 12. Juli 1903 beschlossenen Satzung zum Geschäftsbetriebe im Deutschen Reiche zugelassen.“

Die Satzung wurde also genehmigt und trat mit dem 1. Oktober 1903 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten der neuen Satzung wurde es notwendig, daß neue Mitgliedsbücher und neue Marken eingeführt wurden.“

In der Generalversammlung am 5. Juni 1902 in Altona wurden in den Vorstand gewählt: W. Themar als Vorhändler; S. Stammer, Stellvertreter; K. Reif, Kassierer; F. Kläden, Stellvertreter; W. Thies, Schriftführer; J. Meyer und S. Marks als Beisitzer. Außerdem wurden als Ersatzmänner für den Vorstand gewählt: E. Kraus, E. Schöner und F. Ludwig. In den Ausschussamt wurden gewählt: E. Müllengrund, A. Döhl, J. Stanting, S. Schulze, E. Sperling, E. Köhner und W. Schulze und als Ersatzmänner F. Paepow, H. Köber und W. Sad. Nachdem die Satzung die Genehmigung erhalten, beantragte der Vorstand dem Ausschussamt in Berlin die Ausfertigung und Zusendung eines Zeugnisses über den Vorstand zwecks Legitimation.“

Da nach dem früheren Statut der Sterbekasse dieselbe vom Vorstande der Krankenkasse mit verwaltet wurde, mußten hierfür erst die Beweise beigebracht werden, und nachdem dies geschehen, wurde das Zeugnis erteilt. Diese Beschneidung hatte Gültigkeit bis zum Jahre 1904, bis zum Inkrafttreten der Generalversammlung der Krankenkasse. Auch die Tätigkeit des Ausschussamts ruhte mit dem gleichen Zeitpunkt.“

Da nach der Satzung der Sterbekasse ihre Generalversammlungen nur in Altona stattfinden, dahingegen die Generalversammlungen der Krankenkasse an beliebigen anderen Orten, wo Vermählungsfestlichkeiten bestehen, abgehalten werden können, demnach ein Zusammengehen an einem Ort und zu ein und derselben Zeit ausgeschlossen war, haben wir dem Ausschussamt hiervon Kenntnis gegeben und es für angebracht erachtet, daß zwecks Renewal des Vorstandes und Ausschussamts im Jahre 1904 eine außerordentliche Generalversammlung stattfindet.“

Diese außerordentliche Generalversammlung fand denn auch am 23. Oktober 1904 in Altona, bei Fels, Fr. Bergstr. 136, statt, mit der Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes und dreier Ersatzmänner. 2. Wahl des Ausschusses und dreier Ersatzmänner. 3. Verschiedenes in Kasseeangelegenheiten.“

Das Protokoll über diese Versammlung ist Ihnen zugegangen, nur will ich erwähnen, daß in den Vorstand gewählt wurden: W. Themar, Vorhändler; S. Stammer, Stellvertreter; K. Reif, Kassierer; F. Kläden, Stellvertreter; W. Thies, Schriftführer; J. Meyer und S. Marks, Beisitzer. Als Ersatzmänner wurden gewählt: E. Kraus, E. Schöner und F. Ludwig. In den Ausschussamt wurden gewählt: E. Müllengrund, J. Stanting, S. Schulze, E. Köhner, W. Schulze, F. Paepow und W. Sad. Als Ersatzmänner wurden gewählt: H. Köber, J. Liebmann und J. Schmidt. Die gewählten Ausschussamtsmitglieder und Vorstandsmitglieder befinden sich noch im Amte.“

Auf Grund dieser Wahl erteilte das Ausschussamt für Privatversicherung dem Vorstande eine neue Beschneidung. Mit der Zulassung des Geschäftsbetriebes der Sterbekasse im

deutschen Reiche lag uns die Verpflichtung ob, den Landesbehörden der einzelnen Bundesstaaten, wo die Kasse vertreten ist, über die Eröffnung des Geschäftsbetriebes Anzeige zu erstatten.“

Auf die Erstattung der Anzeige ging von 7 Landesbehörden Antwort ein, und zwar von Altona, Bayern, Barmen, Berg, Elbstadt, Braunschweig, Hesse und Sachsen-Gotha. Jede Behörde hatte verschiedene Wünsche, betreffend Ueberführung des Geschäftsplanes, der Jahresabrechnung, Bestimmung des Generalvollmachtigten u. dgl.“

Von Bestellung der Generalvollmachtigten wurde auf unseren Antrag und nach Klarlegung des Sachverhalts Abstand genommen.“

Nach Gotha, Karlsruhe und Straßburg muß aber noch jedes Jahr der Jahresbericht gesandt werden.“

An das Kaiserl. Ausschussamt in Berlin muß jedes Jahr auf den vorgeschriebenen Formularen die Jahresabrechnung nebst detailliertem Jahresbericht, sowie eine Abschrift des Protokolls des Ausschussrats über die genehmigte Jahresabrechnung nebst 6 gebrauchten Abrechnungen überandt werden.“

Auf Antrag des Vorstandes wurde die Kasse von der alljährlichen Berechnung und Buchung der Prämienreserve, der Bildung und Ausforderung eines Prämienreferendums und der Führung des Prämienreferendums befreit. Seitens des Kaiserlichen Ausschussamts wird darauf geachtet, daß das Vermögen der Kasse in Hypothek belegt wird. Die Belegung darf aber nur nach dem vom Ausschussamt gegebenen Beleihungsgrundlagen erfolgen, und es muß bei jeder Hypothek nachgewiesen werden, wie sie belegt ist. Es sind zur Zeit M. 54 600 in Hypothek belegt, der Zinssatz ist vom 1. Oktober resp. 1. November d. J. von 3 1/2 auf 4 pZt. erhöht. Also auch nach dieser Seite hin ist gesorgt, möglichst Vorteile für die Kasse zu erringen.“

Für die Aussicht durch das Kaiserliche Ausschussamt muß die Kasse nach Anzahl ihrer Mitglieder zahlen; diese Kosten betragen z. B. für das Jahr 1905 M. 2,30 und für 1906 M. 2,70.“

Nach § 14 der Satzung muß von fünf zu fünf Jahren eine versicherungstechnische Bilanz aufgestellt werden. Wir waren demnach gezwungen, nach Abschluß des Jahres 1906 ein versicherungstechnisches Gutachten fertigstellen zu lassen.“

Hierbei will ich zunächst erwähnen, daß das erste Gutachten M. 300 gefolgt hat. Das letzte Gutachten ist auch nicht billiger, denn nachdem die ganzen Bilanzen, die notwendig gemacht waren, welche einen Arbeitslohn von ca. M. 100 ausmachten, haben wir an den Mathematiker nach M. 200 zahlen müssen.“

Nach dem Gutachten beträgt die Prämienreserve für die alten Mitglieder ... M. 60759,09 „ neuem ... 1814,28

Zusammen ... M. 62573,37 Das Vermögen der Kasse beruht am Schluß des Jahres 1906 M. 63 992,85, hiervon gehören M. 20,90 als vorausbezahlte Beiträge auf das Jahr 1907, so daß ein Ueberschuß von M. 1998,08 verbleibt.“

Nach § 14 Abs. 2 der Satzung wird dieser Ueberschuß zur Ansammlung eines Referendums verwendet. Der Referendums soll 10 pZt. der Prämienreserve betragen. Die Prämienreserve betrug nach Abzug der M. 20,90 vorausbezahlten Beiträge M. 62 652,47, demnach muß ein Referendum von M. 6255,24 angeammelt werden.“

Im übrigen spricht das Gutachten sich günstig über den Stand der Kasse aus, es kann aber an den festgesetzten Beiträgen und dem Sterbebede nicht gerüttelt werden.“

Was zur Genehmigung der Satzung fanden die Sitzungen des Vorstandes nach Bedarf statt; seit Inkrafttreten der Satzung, wonach der Vorstand über jede Aufnahme Beschluß fassen muß, finden die Sitzungen im Anschluß an die Sitzungen der Krankenkasse statt, wenn nicht ganz besondere Gründe vorliegen. In der Zeit, worüber ich der Bericht erstattet, haben 168 Sitzungen stattgefunden, davon drei gemeinschaftliche mit dem Ausschussamt. Im fünf Jahre nach Aufstellung der versicherungstechnischen Bilanz hat die ordentliche Generalversammlung stattgefunden, welche im Einvernehmen mit dem Ausschussamt zum heutigen Tage einberufen ist.“

Der Kassierbericht für die Geschäftsjahre 1902 bis 1906 stellt sich wie folgt:

Gesamtvermögen beim Beginn des Jahres 1902	M. 42562,19
Nettoeinnahme 1902	M. 8367,71
Nettoaussgabe 1902	M. 6616,94
Mehreinnahme	M. 1750,77
Nettoeinnahme 1903	M. 9664,93
Nettoaussgabe 1903	M. 6000,02
Mehreinnahme	M. 4664,96
Nettoeinnahme 1904	M. 10961,42
Nettoaussgabe 1904	M. 7057,52
Mehreinnahme	M. 3883,90
Nettoeinnahme 1905	M. 11679,65
Nettoaussgabe 1905	M. 6633,05
Mehreinnahme	M. 5046,60
Nettoeinnahme 1906	M. 12205,03
Nettoaussgabe 1906	M. 6121,10
Mehreinnahme	M. 6083,93
Zusammen	M. 21430,16

Gesamtvermögen am 31. Dez. 1906 ... M. 63992,35 Nettoeinnahme I. Quartal 1907 ... M. 2540,94 Nettoeinnahme II. Quartal 1907 ... M. 1402,87

Mehreinnahme ... M. 1138,83 Gesamtvermögen am 1. April 1907 ... M. 65130,68

Vermerkenausweis: Auf Hypothek belegt ... M. 54 600, — Bei der Eidbüchsen Spar- und Reihkasse ... 9240,94 Barer Bestand ... 1289,74

Summa ... M. 65130,68

Uebersicht über die Mitgliederbewegung in den Geschäftsjahren 1902 bis 1906.

Zu Anfang des Jahres 1902 betrug die Zahl der Mitglieder	2398
Beigetreten bis 1. April 1907	1131
Ausgeschieden durch Tod, Austritt und Ausschluß	3427
Mitgliederbestand am 1. April 1907	8071
Davon 2765 Erwaachsene und 318 Kinder.	

Eine Diskussion über den Geschäftsbericht fand nicht statt.

Punkt II: Bericht des Aufsichtsrats. Herr Müggendorff führte aus, daß in der verflochtenen Geschäftsperiode ausschließlich vier Klassenarbeiten stattgefunden hätten, dieselben haben zu Monita keinen Anlaß gegeben. Klassenarbeiten und Besuche sind immer vorzeitig und die Klassenbücher in bester Ordnung befunden worden. Beschwerden sind in der ganzen Zeit nicht erhoben. Er beantragte, dem Vorstand Entlastung zu erteilen. Die Abstimmung ergab, daß dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt wurde.

Punkt III: Abänderung der Satzung. Vom Rat der Aufsichtsrats ist beantragt, in § 11 Ziffer 4 der Satzung die Worte: „gemäß den Vorschriften der §§ 59 und 60 des Arbeiterversicherungsgesetzes“ zu streichen, und an deren Stelle „mündelicher“ zu setzen. Dies wurde einstimmig von der Versammlung angenommen. Ferner mußte § 14 Ziffer 1 der Satzung einer redaktionellen Veränderung unterworfen werden; das Wort „zum“ 31. Dezember 1908 ist zu streichen und an dessen Stelle zu setzen, für den 31. Dezember 1906. Auch diese Abänderung wurde einstimmig angenommen.

Punkt IV: Wahlen. a) des Vorstandes. Herr Stänkung beantragte, die bisherigen Vorstandmitglieder an bloc wiederzuwählen und die Wahl per Affirmation vorzunehmen. Da hiergegen kein Widerspruch erhoben wurde, erfolgte die Abstimmung; dieselbe ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandmitglieder, und zwar: W. Themar, Vorsitzender; S. Stammer, Stellvertreter; G. Meiß, Kassierer; F. Kläber, Schriftführer; W. Thies, Schriftführer; J. Meyer und S. Warts als Beisitzer. Als Ersatzmänner wurden E. Strauß, F. Ludwig und S. Bingel gewählt.

b) des Aufsichtsrats. Herr Stammer beantragte, die bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrats an bloc wiederzuwählen und die Wahl gleichfalls per Affirmation vorzunehmen. Widerspruch wurde auch hiergegen nicht erhoben. Die Abstimmung ergab, daß die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder wiedergewählt wurden, nämlich: E. Müggendorff, J. Stänkung, E. Schulze, G. Höfner, W. Schulze, F. Paepelow und W. Saß. Als Ersatzmänner wurden S. Rober, J. Liedemann und Andr. Schmidt gewählt.

Zu Punkt V: Verschiedenes, äußert Themar sich darüber, daß trotz der guten finanziellen Lage der Kasse der Beitritt der Mitglieder sehr gering sei, und erudt die Anwesenden, wo es angebracht ist, diese Stoffe zu empfehlen.

Mit einem Dank für das Erscheinen der Versammlung wurde die Generalversammlung um 5 Uhr geschlossen.

W. Themar, Vorsitzender. W. Thies, Schriftführer.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Anfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauern höchstens einen sachlichen Bericht an Euer Jagdblatt zu senden.

Bitterfeld. Der Maurer Otto Hochmann verunglückte am 7. Juni dadurch, daß ein Ballon Essigsäure platzte. Er erlitt so schwere Brandwunden am ganzen Körper, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Dippoldiswalde. Verunglückt ist auf dem Gabelrechenbau Schächtsche Holzwarenfabrik Dippoldiswalde der Polier Bruno Gemeiner. Er war beim Hineinlassen einer Salkwasserbestimmung. Die Bohrer kam ins Rollen, Gemeiner sprang darauf, um zu bremsen, aber die Bremse verlagte. Gemeiner geriet zwischen die Räder und einen Lastwagen und erlitt eine schwere Quetschung des rechten Oberarms. Wenn mehr Voricht bei dieser Arbeit gebräucht worden wäre, hätte dieser Unglücksfall verhindert werden können.

Riffingen. Freitag, den 7. Juni, gerade zu Feiertag, führte im Steinbruch des Hymotus Neuf in Geris ein großer Block Steine und Schutt von oben herab und begrub drei Arbeiter, einen Maurer und zwei Steinbrecher, unter sich. Die Verletzten wurden schwer verletzt ins Christen-Spital nach Riffingen gebracht. Alle drei sind Familienväter. Der Bruch war stark unterminiert, so daß der Absturz unvermeidlich war. Hier muß man auch wieder fragen: Wo bleibt die Kontrolle?

Neureuth. Auf dem Gloghofbau waren vier Arbeiter damit beschäftigt, zwei dreifüßige Träger von 8 cm Länge zusammenzubringen, die sie zu diesem Zweck auf ein paar Böcke gestellt hatten. Als sie die beiden Träger umlanteeten, gerieten die Böcke und die Träger zwischen dem Arbeiter und die Weine. Beide Weine wurden ihm dabei zerbrochen.

Minteln a. d. Wefer. Sonnabend, den 8. Juni, ereignete sich am Neubau des Postassistenten Knade aus bis jetzt noch unbekanntem Grund ein Gerüstesturz, bei dem zwei Kollegen aus Steinbergen verunglückten. Während der Kollege W. Meier mit einigen Gantabschürfern davonkam, mußte Aug. Willmann mittels Tragbahren in das hiesige Krankenhaus geschafft werden.

Bautenkontrolle in Serne-Roskinghausen. Wie es mit dem Schutz für Leben und Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter bestellt ist, zeigt die Tatsache, daß auf 19 von 128 Bauten die Bauteilagen nicht abgedeckt waren, trotzdem überall die diesbezüglichen polizeilichen Bestimmungen bestehen. Aber die Polizei hat ja keine Zeit, sich um die Durchführung zu kümmern, da sie genötigt mit der Befämpfung der freien Arbeiterbewegung zu tun hat. Mit den Baubuden ist es ebenfalls noch sehr mangelhaft bestellt. So enthielten 65 keine Fenster. Von den 70 vorhandenen Fenstern waren 29 nicht zu öffnen. Bei dem größeren Teile war das auch gar nicht notwendig, da sie sowieso keine Scheiben enthielten. Nur 54 Baubuden enthielten Fußboden, und zwar 39 Stein- und 15 Bretterfußboden. Tische und Bänke waren in 49, nur Bänke in 50 vorhanden. 29 enthielten beides nicht. Eine geordnete Reinigung war nur ganz vereinzelt vorhanden. Die Unternehmer vermögen sich auch immer noch nicht daran zu gewöhnen, zur Aufbesserung beschädigter Materialien besondere Räume zu schaffen. In 54 Baubuden wurde noch Material aller Art gelagert. Daß die dadurch ungemein gefährliche Staubentwicklung die Gesundheit der baugewerb-

lichen Arbeiter schädigt, kimmert unsere Baugewerblichen wenig. Aber auch unsere Kollegen tragen einen wesentlichen Teil der Schuld daran. Wenn sie besser auf die Befreiung dieses Lebenslandes dringen würden, würde schon Abhilfe geschaffen werden. Aber nicht nur, daß die Unternehmer nichts tun, um Unfälle zu verhüten, auch für erste Hilfe bei Unfällen scheint ein großer Teil nichts übrig zu haben, trotz der großen Profite, die fortgesetzt erzielt werden. So waren auf 69 Bauten keine Verbandlaken vorhanden. Die vorhandenen 69 enthielten zum größten Teil Verbandstoffe usw. nur in ungenügender Menge und Qualität. Die Unfallverhütungsvorschriften hingen auf 16 Bauten nicht aus. Die Akte waren durchweg ungenügend. Alles in allem ergibt die Statistik, daß den Organisationen noch viel zu tun übrig bleibt, um die sanitären und sonstigen Zustände auf den Bauten zu verbessern. Daß dieses möglich ist, haben die letzten Jahre gezeigt. Denn vor drei bis vier Jahren sah es hier in dieser Beziehung noch viel trauriger aus. Waren doch damals auf einer großen Anzahl von Bauten Unterfunkräume überhaupt noch nicht vorhanden. Also eine wesentliche Verbesserung ist zu verzeichnen. Und wenn unsere Kollegen, und vor allem die Baudeputierten, ihre Pflicht tun und bestehende Verhältnisse der Zweigvereinsleitung regelmäßig melden, werden sich die Verhältnisse auch fernerhin noch besser gestalten. Wir sind nur einmal auf die Selbsthilfe angewiesen; die Behörden tun in dieser Hinsicht wenig oder gar nichts. Durch den fast immer vorhandenen Mangel an Arbeitskräften und infolge der von uns eingeholten Arbeitsvermittlung haben wir es ja in der Hand, nur dort unsere Kollegen unterzubringen, wo unsere Wünsche berücksichtigt werden. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß auf allen Bauten die Poliere unserer Kollegen bei Aufnahme der Statistik bereitwillig Auskunft erteilen; nur einen „unabhängigen“ und „echten“ Christen, dem Polier Ohagen in Serne, blieb es vorbehalten, unserem Kollegen den Bau zu verbieten. Für wahr, echt christlich!

Aus anderen Berufen.

* Wäckerfreit in Berlin. Die Wäcker haben seit dem 27. Mai in Berlin im Streik. Sie fordern: 4 23 Wochenlohn, zehn bis zwölfstündige Arbeitszeit, Abschaffung des Kost- und Logiszwanges, einen freien Tag in der Woche in allen Betrieben mit fünf und mehr Gesellen. In Betrieben mit drei und vier Gesellen soll der freie Tag alle 14 Tage und in Betrieben mit einem und zwei Gesellen alle 4 Wochen gewährt werden. Ferner wird die unparteiische Regelung des Arbeitsnachweises gefordert. Der in diesem Sinne gefällte Schiedspruch des Einigungsamtes des Berliner Gewerkevereins ist von den der Freien Vereinigung organisierten Meistern abgelehnt, von der Gewerkschaft aber angenommen worden; die jetzt durch die Arbeitsmittlerung die Durchführung des Schiedspruches erzwungen wird, ergibt, daß die „Soziale Praxis“ in diesem Falle, wo es bezüglich Annahme und Ablehnung des Schiedspruches um geht, nicht, als bei den Bauarbeitern, nicht ebenfalls von einem „schweren Schläge“ gegen das Verhandlungsprinzip scheidet. Durch den Boykott, den die Berliner Arbeiterkraft gegen die Geschäfte, die die Anerkennung der Gewerkschaften verweigern, streng durchführt, ist den Wäckern ein guter Bundesgenosse erstanden. Es arbeiten nun auch schon gegen 1000 Gesellen zu den neuen Bedingungen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

ar. Von Arbeitgeberverbänden gegen ihre Mitglieder festgesetzte Konventionalstrafen sind nicht einflüßig. Diese wichtige Entscheidung traf vom Scherze der Unternehmerrichtschlichter jetzt auch die zweite Zivilkammer des Landgerichts Braunschweig. In Schöningen, im Herzogtum Braunschweig, streikten im vorigen Jahre die Maurer, weil ihnen eine Lohnerhöhung von 2 A verweigert wurde. Vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe war beschloffen worden, überhaupt in seine Verhandlungen mit den Gesellen einzutreten. Die Maurermeister S. und W. Meyer, denen die Arbeit auf den Nägeln brannte, lehnten sich an diesen Beschluß nicht, obgleich sie Mitglieder des Bauarbeiterverbandes waren. Sie traten aus diesem Verbande aus und zahlten ihren Gesellen den geforderten Lohn. Den Schlichtern des Baugewerbes war dies jedoch nicht recht. Sie glaubten, ihre Mitglieder durch ein Statut gefesselt zu haben, welches die rigorösesten Strafbestimmungen enthält; u. a. auch die, daß von der Generalversammlung des Verbandes gegen solche Mitglieder Konventionalstrafen im Betrage bis zu M. 500 für jeden Einzelfall festgesetzt werden können, die gegen Generalversammlungsbeschlüsse verstoßen. Die Herren Meyer haben nun gegen mehrere Beschlüsse gehandelt. Erstens haben sie den Lohn bewilligt, dann mit den Gesellen verhandelt und auch Leute eingestellt, die nach Abmachung nicht eingestellt werden durften, d. h. Streikende. Von der Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes wurden ihnen dann Konventionalstrafen von M. 1000 und M. 808,65 auferlegt. Der Vorstand des Verbandes zog einfach Beschluß in der befragten Höhe auf die abstrahierten Meistern, deren Zahlung von diesen jedoch verweigert wurde. Der Fall durchlief alle Organisationsstufen, selbst gelegentlich die Handwerkskammer (1), die die Parteien auf den Weg der Billigkeit verwies. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes berief sich auf sein Statut, das von den befragten Meistern durch den Beitritt zum Verbande als für sie verbindlich anerkannt worden sei und nach welchem er berechtigt sei, solche Beschluß auf verhängte Klagen zu ziehen. Als die Abilegitimation des Vorstandes bestritten wurde, erhoben zugleich alle 19 Mitglieder des Verbandes die gleiche Klage. Das Landgericht wies jedoch die Klagen konnullig ab, weil die ungeschuldeten mit Recht jene angezogenen statutarischen Bestimmungen als nicht rechtsverbindlich für sich zu betrachten brauchten.

Polizei und Gerichte.

* Staatsretter. Die Kriminalpolizei in Metz hat sich mal wieder ein Einsehen geleistet, das verdient, in den weitesten Kreisen unserer Kollegen bekannt zu werden. Während an anderen Orten die Kollegen mit Indifferenz-

hismus und Unternehmertum zu sämpfen haben, bejorgt in Metz die Arbeit der beiden vorgenannten Faktoren die hochwohlwollende Kriminalpolizei. Schon seit dem vorigen Jahre, als die hiesige Mitgliebschaft, die zum weitesten 85 Mann auf nahezu 1000 geschätzt war, arbeitete die Metzger Polizei mit einer Tätigkeit, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, um die italienischen Maurer herauszufinden, die ihre nichtorganisierten Kollegen aufzuredern, dem Verbands beizutreten.

Entsetzte man sich einen Missetäter, so war sein Schicksal besiegelt, er wurde in kürzester Frist per Schub über die Schweizer Grenze gebracht. Die Polizei ging hier mit einem besonderen Eifer vor, indem sie gerade die Kollegen herausgriff, die bei den anderen in keinem Ansehen standen; dadurch glaubte sie vielleicht die Kollegen abzuschrecken und somit unsere Organisation vernichten zu können. Der Erfolg dieser einzelnen Ausweisungen scheint aber nicht befriedigend ausgefallen zu sein, deswegen mußte einmal ein Hauptschlag ausgeführt werden. Am Abend des 23. April schloß die ganze Metzger Kriminalpolizei aus und ein Teil der anderen Polizei besetzte das Gemischtgeschäftsaus und die Wohnungen unserer besten italienischen Kollegen.

Es wurden 15 Verhaftungen vorgenommen, und um der Sache einen anderen Anstrich zu geben, durchsuchte man unser Verbandsbureau nach anarchoistischen Schriften. Es wurden auch einige harmlose italienische Zeitschriften mitgenommen, am nächsten Tage aber wieder zurückgebracht. Auch von den Verhafteten wurden, nachdem man sich überzeugt hatte, daß man die Haupttäterschreiber hatte, neun wieder freigelassen; die anderen sechs blieben, trotz der größten Bemühungen des Vertrauensmannes, sie herauszubekommen, in Haft, bis man das zu ihrer Verurteilung notwendige Material gefunden hatte. Ein altes Sprichwort sagt: Wer sucht, der findet. So auch hier. Man fand Beweismaterial in erdrübender Fülle. Am 10. Mai wurde den Kollegen die Anklageschrift zugestellt. Danach sollten sie an einer geheimen Verbindung teilgenommen haben, deren Dasein, Verfassung und Zweck der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte. Beweismittel hierzu waren: 1. die am 16. Februar d. J. in Freiburg i. Br. abgehaltene Maurerkonferenz, der der Metzger Polizei nicht angemeldet worden war; 2. ein Abgehörtes der Festordnung von unserem letzten Sommerfest, das zufälligerweise rot war und im Besitz eines der beteiligten Kollegen war; 3. die Mitgliebskarten des italienischen Maurerverbandes, und 4. das Zeugnis dreier Kriminalhauptleute, von denen einer vor Gericht aussagte, wir würden die Leute in unseren Verband locken, um ihr Geld zu bekommen.

Alles war gepannt auf die Verhandlung, die, nachdem die Kollegen sechs volle Wochen in Untersuchungshaft gefesselt hatten, am 4. Juni vor der Strafkammer in Metz stattfand. Hier zeigte sich, daß diese ganze Affäre ein Schlag ins Wasser war. Nach den klaren und bestimmten Auslagen unseres Vertrauensmannes beantragte sogar der Staatsanwalt die Freisprechung. Die beiden Verteidiger behaupteten, daß die Kollegen Ausländer seien und ihnen somit nicht das Gesetz, betreffend unschuldig Verhaftete, zu gute kommen könnte. Nach kurzer Beratung fällt der Gerichtshof folgendes Urteil: Die Angeklagten werden freigesprochen. Die Kosten, einschließlich die der Verteidigung, werden auf die Staatskasse übernommen. Alles glaubte nun, die Sache wäre erledigt und die Leute kämen sofort frei. Doch das war ein Actum, da hätte ja die hochwohlwollende Polizei ihren Zorn nicht erreicht. Schon als die Kollegen den Gerichtssaal verließen, forderte ein Kriminalschutzmännchen den die Kollegen begleitenden Gefängnisaufseher auf, die beiden Freigesprochenen wieder zusammenzufesseln, was nur auf Protest unterließ. Mit dem Verbrechen dagegen ging dann wieder ins Gefängnis zurück; alles Protestieren dagegen von seiten unseres Vertrauensmannes beim Bezirkspräsidium sowie bei der Polizeidirektion mißte nichts. Die Kollegen wurden noch 24 Stunden im Gefängnis zurückgehalten und dann per Schub über die Schweizer Grenze gebracht.

Bemerkung muß noch werden, daß die Kollegen fast alle schon jahrelang in Metz sind, seit 1904 unserem Verband angehören und daß ihnen nichts weiter als diese Verbandsangehörigkeit nachgewiesen werden konnte. Unwillkürlich muß man sich doch fragen: „Leben wir in einem Rechtsstaat?“ Wir glauben, traurigere Zustände können auch in Deutschland nicht herrschen. Durch eine offene Frage: „Glaubt die Metzger Kriminalpolizei, durch ein solches Vorgehen unsere Organisation vernichten zu können; wir glauben, es gelingt ihr nicht. Dem Terrorismus der Polizei werden wir die Aufführung entgegenstellen. Darum aufgewacht, Ihr Metzger Kollegen; verlaßt Euch nicht allein auf Euren Vertrauensmann! Agitiert, organisiert, und dann wollen wir sehen, wer Sieger bleibt!“

* Keine Erpressung. Vor der Strafkammer des Landgerichts Hannover hatten sich die gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter und Maurer Stollte, Wagenhäuser, Hermann, Wittdam und Gedde, sämtlich aus Hameln, wegen Erpressungsversuchs zu verantworten. Mit den Angeklagten zusammen waren die Bauarbeiter Gedde und Wagenhäuser im Betriebe des Maurermeisters Bagener in Hameln beschäftigt. Gedde und Wagenhäuser gehörten keinem Verbands an. Als sie der Aufforderung einiger Angeklagten, dem Verbands beizutreten, nicht Folge leisteten, haben diese die Entlassung der Angeklagten angefordert und schließlich auch erreicht, nachdem zunächst die Bauarbeiter und dann auch die Maurer die Arbeit einen halben Tag niedergelegt hatten. Die Anklage war nun erhoben aus dem Gesichtspunkt des bekannten § 163 der Gewerbeordnung und wegen Erpressungsversuchs. Die das Hauptverfahren eröffnende Strafkammer hat das Verfahren indes nur wegen Erpressung eröffnet und den Tatbestand des § 163 der Gewerbeordnung nicht als vorliegend erachtet. Sie brachte zum Ausdruck, daß in der Aufforderung zum Beitritt zu einem Fachverein nicht die Aufforderung zur Teilnahme an einer Arbeitredung und Vereinigung zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erblicken sei. Der Erpressungsversuch wurde darin gefunden, daß die Angeklagten das Vermögen des genannten Bauarbeiterverbandes in rechtswidriger Weise und durch Drohungen um die Beiträge der beiden Arbeiter

Geht und Maßhöfer zu bereichern, beziehungsweise die beiden letzteren um diese Beträge zu schädigen versucht hätten. Justizrat Krenzberg als Verteidiger führte aus, daß von einem Erpressungsversuch nicht geredet werden könne, denn die Angeklagten hätten keinesfalls eine Bereicherung der Verbandskasse um die 50 3/4 Weirittsgeld bezwecken wollen, vielmehr sei ihnen lediglich daran gelegen gewesen, sämtliche Arbeiter auf der gemeinschaftlichen Baustelle zu organisieren, damit sie sich frei und ungezwungen über Verhandlungsangelegenheiten aussprechen könnten. Das Gericht nahm ebenfalls an, daß die Angeklagten eine Bereicherung der Verbandskasse um das Weirittsgeld nicht beabsichtigt haben und erachtete den Tatbestand des Erpressungsversuchs ebenfalls nicht für gegeben. Die Verhandlung gegen Stolte mußte abgetrennt werden, weil dieser noch Zeugen in Vorschlag brachte. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

In erfreulichem Gegensatz zu so manchem anderen Gericht hat das Landgericht Hannover also keine Erpressung als vorliegend angenommen. Man fühlt sich fast genötigt, dem Gericht einige Worte lobender Anerkennung zu sagen, denn soweit ist es im heiligen Deutschen Reiche des gleichen Rechts wirklich gelungen, daß man angenehm enttäuscht und höchst verwundert aufschaut, wenn einmal ein vernünftiges Urteil gefällt wird. Weiber wird die Freude auch diesmal nicht lange dauern.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 80 des 26. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Landtagswahlen in Bayern. Von Adolf Müller-München. — Der große Sieg. Von Fritz Wüsterli. — Der neue Mittelstand. Von Paul Vange-Hamburg. — Die Weintrikse und die Landarbeitereigenschaften im Königreich. — Von Paul Groß-Wuppertal. — Die Verfalls- und Vertriebszählung im Deutschen Reiche. Von Adolf Braun.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und kostet pro Heft 25 A.

Die „Neue Gesellschaft“, (Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin W 15, Platzbürgerstr. 12. Preis für das Einzelheft 10 A. Probehefte kostenlos.) Heft 11. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Karl Leuthner: Das bürgerliche Epaos nach den Wahlen in Oesterreich. — Adolf Müller: Der 81. Mai in Bayern. — Stolypin's Agrarreform. — Gossen: Heinrich Weltner: Maßlosigkeit in Zeit und Raum. — Antio Fenrich: Im Garten der Lombarden. — Adam von Ribbentrop: Das Bild.

„Kommunale Praxis“, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindeforschung. Redakteur: Dr. Albert Eidenbach. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Nr. 22 bringt eine Fortsetzung der Artikel „Die Sozialdemokratie in den Gemeinden“. Eichhorn-Karlsruhe behandelt darin die Sozialdemokratie in der badischen Gemeindeverwaltung. Nr. 23 enthält einen instruktiven Leitartikel über die Entwicklung der Sozialdemokratie in Breslau. Daran schließen sich viele Notizen, aus denen wir eine Polemik des Stadtrats Dr. Fiebig in Frankfurt a. M. gegen die Einführung der freien Arbeitswahl in der Armenpflege der Wichtigkeit dieser Frage wegen besonders hervorheben möchten. Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich M. 2.50. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu beziehen.

„Blut und Eisen“. Von diesem Pflanzwert sind uns die Nr. 35 und 36 zugegangen. Aus dem 35. Heft sei erwähnt die Wiedergabe einer Anekdote, die die Ermordung Wallensteins darstellt. Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 A, 24 Heller, 30 Centimes, und kann durch jede Buchhandlung und von allen Kolportageuren bezogen werden. Auf Verlangen sendet der Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Probehefte gratis und franco.

Wie wird man Affinirt? Eine kleine Schrift für denke Arbeiter von Josef Mayr-Kowalski. (1 bis 10. Laufend.) 24 Seiten 8°. Preis 10 A. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiter Abenteurer-Bund, Johannes Michalek, Berlin S. 42, Auländerstr. 55. Die vorliegende, geschmackvoll ausgestattete Schrift behandelt ein eigenartiges Thema, das heute schon vielfach auf der Tagesordnung steht. Und man kann dem Verfasser nicht abprechen, diese Frage mit einem gewissen Geschick gelöst zu haben. Die Stärke des Buches liegt darin, daß es an die intensiven Ergebnisse jedes Menschen anknüpft um dann in volkstümlicher Weise Beispiele anzuführen, daß ein alkoholfreies Leben weit schöner ist als umgekehrt. Was das Heftchen noch besonders auszeichnet, ist das vollständige Fehlen von Zahlen und Statistiken. Wir können unseren Lesern die Schrift nur empfehlen.

„In freien Stunden“. Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich in einem 24 Seiten starken Heft à 10 A und kann durch alle Buchhandlungen und Kolportageuren bezogen werden. Auch Postanfragen nehmen Befellungen entgegen. Soeben sind die Hefte 22 und 23 bei uns eingelaufen. Aus dem Inhalt nennen wir die Fortsetzungen der Romane: „Der Glöckner von Notre-Dame“ von V. Hugo und „St. Peters Regenschirm“ von K. Müzzath. Wir empfehlen die billigen Hefte, die stets ausgewählte, gelegene Romane und Erzählungen bringen, jedermann zum Abonnement.

Der „Wahre Jacob“, Nummer 12 des 24. Jahrganges. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Haager Meigen“ und „Der Krieg“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

* Einige Berichte mußten zurückbleiben.
Duisburg, K. M. Ist denn das Papier dort so knapp? Dein Bericht war so eng gehalten, daß er nur mit vieler Mühe bearbeitet werden konnte.
Oranienburg. Bericht unbrauchbar, weil das Papier auf beiden Seiten beschrieben war; außerdem fehlte der Name

des Einsenders und die Beglaubigung durch den Zweigvereinsstempel.

Großhungen, M. S. Die Krankenkasse muß bezahlen, tut sie das nicht, dann Klage beim Amtsgericht; vielleicht nützt auch eine Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde dieser Kasse.
Nr. 132 827. Darüber bestehen gesetzliche Vorschriften unseres Wissens nicht; wödenstlich einmal dürfte genügen. Der Vermieter hat kein Recht, die Wohnung, für die bis zum 27. Oktober Miete bezahlt ist, aufzubrechen und in Benutzung zu nehmen. Wesenrein genügt.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 A.)

- Darmen.** Am 4. Juni starb unser Kollege **Wilh. Reinhard** in Ronstorf im Alter von 80 Jahren an Lungenerkrankung.
- Berlin.** Am 2. Juni starb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied **Gottlieb Schwenzner** im Alter von 87 Jahren an Darmkrebs.
- Bielefeld.** Am 3. Juni starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kollege **Heinrich Bornemann** im Alter von 81 Jahren an Lungenschwindsucht.
- Frieberg i. d. Rhum.** Am 31. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Eduard Zabel** an Lungenschwindsucht.
- Güppingen.** Am 31. Mai verschied unser treuer Verbandskollege **Franz Abt** im Alter von 82 Jahren an Schienenerkrankung.
- Sachsheim.** Am 2. Juni starb unser Verbandskollege **Jakob Wagner** im Alter von 88 Jahren an Lungenerkrankung.
- Schiffheim, E. Mainz.** Am 4. Juni starb nach langem Leiden unser Ehrenmitglied **Michael Bött** im Alter von 80 Jahren an der Prostatierkrankheit.
- Sampeter.** Am 3. Juni starb unser treuer Kollege und Hilfskassierer **Adam Hilsheimer** im Alter von 26 Jahren infolge Sturzes in einen Silo.
- Magdeburg-Rangeln.** Am 3. Juni starb unser treuer Kollege **Ernst Stedefeld** im Alter von 19 Jahren an Lungenerkrankung.
- Neumatt.** Am 2. Juni starb unser Kollege **Karl Fränker** in Falkenhain im Alter von 58 Jahren an Lungenerkrankung.
- Pina.** Am 25. Mai starb nach langem Leiden unser Kollege **Wilhelm Stierert** im Alter von 87 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 2. Juni starb nach langem und schwerem Leiden unser Kollege **Paul Jorseeck** im Alter von 26 Jahren an Kehlkopfentzündung.
- Rastenburg.** Am 1. Juni starb unser Verbandskollege **Karl Poschardt** im Alter von 69 Jahren an Magen- und Darmblutung.
- Sachsenh.** Am 7. Juni starb unser Verbandskollege **Karl Ernst Ziegler** aus Wehlitz im Alter von 41 Jahren an der Prostatierkrankheit.
- Wiesbaden.** Am 6. Juni starb nach längerem Krankenlager der Kollege **Peter Kolbusch** im Alter von 27 Jahren.
- Wittenberg.** Am 9. Juni starb nach schwerem Krankenlager unser Kollege **Otto Hennig** im Alter von 28 Jahren an Nieren- und Blasenleiden.
- Zehdenick.** Am 6. Juni starb unser Kollege **Hermann Krenzler** im Alter von 88 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Gehre ihrem Andenken!

Rixdorf.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw. „Grundstein zur Einigkeit“. Die Adresse des neugewählten Bevollmächtigten ist: **Wilh. Kraft, Thüringerstr. 14, 3. Etg.**

Kollegen, die den Aufenthalt des Mitgliedes **Wilhelm Lanterbach** aus **Behlheim** kennen, werden gebeten, dem Unterzeichneten diesen mitzuteilen, da wichtige Familienverhältnisse vorliegen. **G. Thöne, Cassel, Klosterstr. 11, 1. Etg.**

Ich erlaube den Kollegen **Karl Ferenz**, geboren den 22. Mai 1886 zu **Deutsch Krausarn**, Verb.-Nr. 184 407, mir seine Adresse anzugeben. Kollegen, denen der Aufenthalt Ferenz' bekannt ist, mögen ihn hierauf aufmerksam machen. **Emil Oldo, Heide-Westerweide.**

Kahla.

Sonntag, den 23. Juni 1907:
Drittes Stiftungsfest
auf dem Schützenplatz
bestehend in Konzert, Kinderbelustigungen und Abends Ball.
Sämtliche Kollegen, auch die der umliegenden Zweigvereine, sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 8.] Der Vorstand.

Nebra.

Sonntag, den 23. Juni, Abends 8 Uhr:
Gemütliches Beisammensein
im Gasthof „Zur Burg“.
[M. 2,40] Der Vorstand.

Neuhaldensleben u. Umg.

Sonntag, den 23. Juni, Nachm. 3 Uhr:
Zehnjähriges Stiftungsfest
im neuerrbauten Saale des Herrn Horzog, auf der Wäld, bestehend in Konzert, Kinderbelustigungen und Ball.
Sämtliche Kollegen, auch die von außerhalb, sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 8,80] Der Vorstand.

Oranienburg.

Sonabend, den 22. Juni 1907:
Neuntes Stiftungsfest
bestehend in
Herren-, Damen- und Kinderbelustigungen und Ball.
Die Festrede hält der Gauvorsitzende Silberstein-Berlin. Alle Kollegen, auch die der umliegenden Bezirksstellen, sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 8,60] Der Vorstand.
Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Spremberg.

Am 22. und 23. Juni feiert der Zweigverein das
Zehnjährige Stiftungsfest
bestehend in
Ball, Scheibenschießen und Kinderbelustigungen.
Alle Kollegen sowie die Zweigvereine der Umgebung sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 8,30] Der Vorstand.

Strausberg.

Sonabend, den 6. Juli, Abends 7 Uhr:
Achtes Stiftungsfest.
Sämtliche Kollegen von Strausberg und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,40] Das Festkomitee.

Waldenburg i. Schl.

Sonabend, den 22. Juni:
Sechstes Stiftungsfest
im Schützenhaus
bestehend in ersten und weiteren Vorträgen sowie Ball.
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Programms.
Die Kollegen nebst Familienangehörigen sind freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Zehdenick.

Sonabend, den 29. Juni, Abends 8 Uhr:
*** Stiftungsfest ***
im Lokale des Herrn Buchholz.
Die Kollegen des Zweigvereins werden hiermit freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Treptow a. d. Toll.

Sonabend, den 22. Juni, Abends 7 Uhr:
BALL
im Lokale des Herrn Bäckow.
Die Kollegen werden zur zahlreichsten Beteiligung freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.
Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonntag, den 16. Juni.
Allstädt. Nachm. 3 Uhr im Lokale von Fr. Rina Woge.
Belzig. Nachm. 4 Uhr.
Lochau. Nachm. 3 Uhr im Webers Gasthof.
Schweidnitz. Nachm. 8 1/2 Uhr im „Rafino“. Wäher sind mitzubringen.
Templin. Nachm. 8 Uhr im Lokale des Herrn Hermann.
Velten I. d. M.
Wiesenburg. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.
Montag, den 17. Juni.
Waldheim. Abends 6 1/2 Uhr im Restaurant „Grüne Wie“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Dienstag, den 18. Juni.
Liegwitz. Abends 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftssaale.
Donnerstag, den 20. Juni.
Grünberg i. Schl. Abends 6 1/2 Uhr im Wäms Lokale. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Sonabend, den 22. Juni.
Aken. Abends 8 1/2 Uhr in der Herberge zur Heimat.
Sonntag, den 23. Juni.
Hintersee. Mittags 12 Uhr bei Weder, Wistenburg.
Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Mier & Co. in Hamburg.